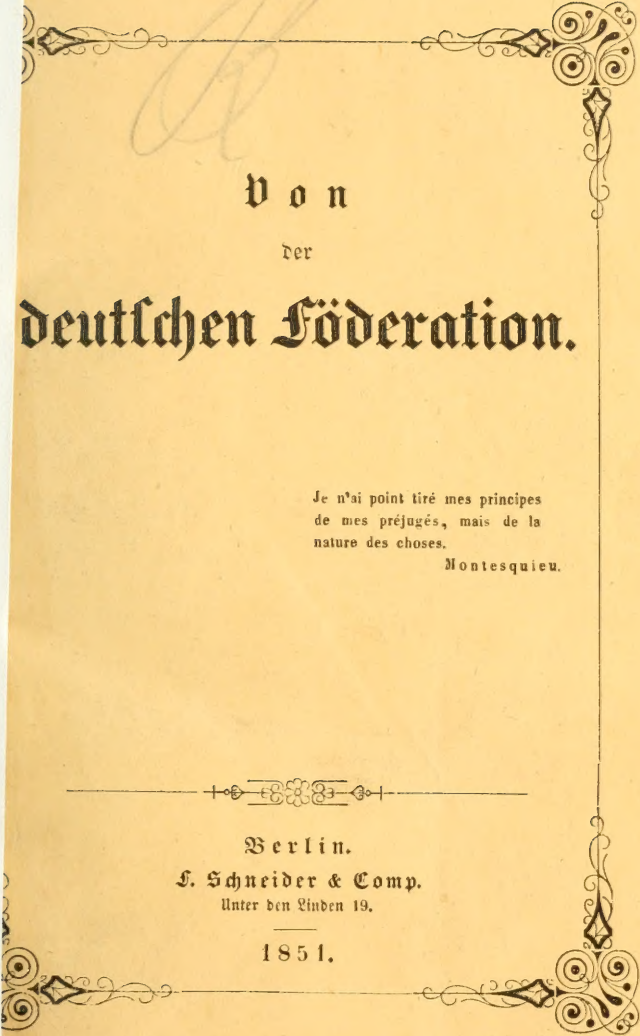


Frantz, Gustav Adolph
Constantin
Von der deutschen
Foderation

DD
423
F83
1851





Don
der
deutschen Föderation.

Je n'ai point tiré mes principes
de mes préjugés, mais de la
nature des choses.

Montesquieu.

Berlin.
J. Schneider & Comp.
Unter den Linden 19.

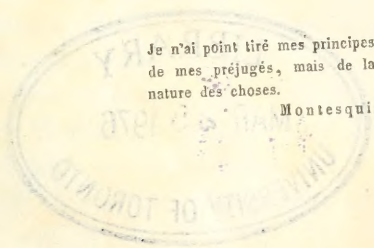
1851.



V o n
der
deutschen Föderation.

Je n'ai point tiré mes principes
de mes préjugés, mais de la
nature des choses.

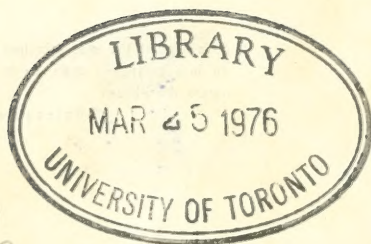
Montesquieu.



Berlin.

F. Schneider & Comp.
Unter den Linden 19.

1851.



DD
423
F83
1851

Um über die deutsche Frage zu einer bestimmten Ansicht zu gelangen, müssen wir uns vorweg aller persönlichen Meinungen und Wünsche, Hoffnungen oder Befürchtungen entschlagen, um statt dessen auf den Boden der Realität zu treten. Von da aus müssen wir uns dann die Frage stellen:

Was ist Deutschland gegenwärtig, und wie ist es also geworden?

Indem wir uns diese Frage beantworten, werden wir die Einsicht gewinnen, wie in allen denjenigen Ereignissen, durch welche Deutschland so zerstückelt worden, als wir es jetzt erblicken, doch kein bloßes Ohngefähr sondern ein gewisser Plan liegt, welcher der deutschen Nation auch ein gewisses Ziel vorsteckt.

Darüber zu einiger Klarheit gelangt, werden wir auch die Mittel angeben können, welche zur Erreichung dieses Zieles dienen, d. h. die für den deut-

sehen Bundeskörper passende Verfassung. Was wir dann darüber denken, wird nicht mehr eine bloße Meinung sein, welche persönlichen Gefühlen schmeichelt, oder sich auf bloß äußerliche Nützlichkeitssrücksichten stützt, sondern es wird mit dem Charakter einer objectiven Wahrheit auftreten, welche als solche die Prüfung aushält.

Das öffentliche Urtheil zu solcher Behandlungsart der Frage hinzuleiten, ist der Zweck der folgenden Blätter.

Wir müssen lernen politische Dinge mit derselben vorurtheilslosen Ruhe zu betrachten, mit welcher der Naturforscher den Zusammenhang physischer Erscheinungen untersucht. Denn immerhin kann man sich auch in solcher Weise der Untersuchung gar sehr irren, allein es liegt doch die Möglichkeit darin, zu einer objectiven Erkenntniß und somit zu einer Uebereinstimmung des Urtheils zu gelangen; welches hingegen schlechterdings unmöglich ist, so lange man sich nur in Meinungen und Wünschen bewegt.

Denn zwar sind die Nationen und Staaten keine Naturgebilde gleich Mineralien, Pflanzen und Thieren, die sich nach bloßer Nothwendigkeit gestalten, sondern in ihnen erscheint die Nothwendigkeit nur wie eine Grundlage und ein Stoff, den sodann die menschliche Freiheit ergreift und zu Gestalten ausprägt. Daraus geht denn aber selbst eine Natur

höherer Ordnung hervor, indem nämlich alles, was durch Freiheit geschieht, einen Niederschlag zurückläßt, der für die späteren Geschlechter selbst ein Element der Nothwendigkeit wird. So prägen sich im Laufe der Zeit Charakterzüge einer Nation aus, und werden Entwicklungstendenzen begründet, die man hinterher nicht mehr beliebig verändern kann, sondern denen sich die Entwürfe der Freiheit accommodiren müssen, wenn sie mehr sein wollen als eine bloße Phantasmagorie, welche momentan die Geister blenden mag, während sie in der That die Dinge verwirrt, und die Nationalkräfte schwächt.

Wie nun Deutschland das geworden, was es gegenwärtig ist, steht in tausend Büchern beschrieben, in welchen es Jedermann nachlesen kann. Wir unsrerseits gedenken kein neues hinzuzuschreiben, sondern wir wollen nur aus der unendlichen Fülle der Ereignisse diejenigen bezeichnen, welche für die deutsche Staatenbildung charakteristisch erscheinen. Dies erachten wir für nothwendig, weil man gegenwärtig wie durch eine allgemeine Verabredung dahin gekommen ist, thatsächliche Verhältnisse durchaus zu ignoriren, um sich dafür desto ungebundener in eine bodenlose Faselei zu stürzen.

I. Charakteristik der deutschen Bundesstaaten.

Wir beginnen jetzt, indem wir der Reihe nach die großen Glieder des deutschen Bundeskörpers charakterisiren.

I. Preußen

Ist wesentlich als ein Herausbau aus dem ursprünglichen kaiserlichen Deutschland anzusehen. Dies sagen wir vorweg, um den geneigten Leser gleich merken zu lassen, wohin wir hinaus wollen, damit er die etwaige Beweisraft unsrer Argumente um so besser prüfen könne.

Jetzt folgen diese Argumente.

Zum Ersten. Wenn wir nämlich das Charakteristische des preussischen Staates finden wollen, so werden wir es doch gewiß in seinen Kernlanden zu suchen haben, welche zwischen der Elbe und dem Niemen liegen.

Dies Gebiet ist bekanntlich germanisirtes Slawenland, und solche Germanisirung theils auf gewaltsamem theils auf friedlichem Wege bewirkt worden. Gerade diejenigen Landschaften aber, welche als die Knotenpunkte der preussischen Entwicklung erscheinen, sind auf gewaltsamem Wege occupirt.

An der untern Elbe und Havel wurden die Markgrafen etablirt, welche sich allmählig mit dem

Schwerte in der Hand weitere Bahn brachen, und solcherweise die noch jetzt sogenannte Altmark, Kurmark, Uckermark und Neumark erwarben. Aus diesen Gränzmarken des ehemaligen Reiches ist Preußen herausgewachsen.

Dazu wurde noch eine zweite Grundlage gelegt, als sich der deutsche Orden an der Weichsel niederließ, und mit dem Schwerte und dem Crucifix in der Hand den deutschen Ordensstaat schuf.

Jene Marken wie dieses Ordensland waren Militaircolonien, in welchen sich nur unter dem Schutze des Schwertes deutsche Bürgerschaften ansiedeln konnten. Kaum giebt es hier einen Flecken Landes, der nicht mit Blut benetzt wäre.

Indem sich nun diese beiden Elemente zusammen fanden, entwickelte sich daraus allmählig die brandenburgisch-preussische Monarchie. Auch dies ist meist durch gewaltsame Mittel erreicht, wenn auch nicht durch bloße Gewalt begründet worden, wie wir hier in der Kürze anführen wollen.

Es war nämlich Pommern ein brandenburgisches Lehn. Gleichwohl mußte nach dem Aussterben der Herzoge ein Theil des Landes erobert werden. Auf Schlesiens bestanden Rechtsansprüche, aber gleichwohl mußte die Provinz erobert werden. Westpreußen und Posen sind ganz durch gewaltsame Ereignisse an die Monarchie gekommen. Von der Provinz

Sachsen wurde ein Theil durch Verhandlungen gewonnen, ein anderer Theil ohne Rechtstitel durch Gewalt, wenn auch nicht durch preussische Eroberung. Von den Westprovinzen endlich sind einige Landschaften nach dem Rechte der Erbfolge oder durch Verhandlungen an Preußen gefallen, der Ueberrest in Folge gewaltsamer Ereignisse.

Daß solche Gewalt geübt werden konnte und beziehungsweise geübt werden mußte, ist aus den Weltverhältnissen zu erklären. Wir haben darüber nicht zu richten, sondern nur das Factum zu constatiren. Wer aber darüber nachdenkt, wird wohl anerkennen, daß es keineswegs besser für Deutschland oder ganz Europa sein würde, wenn sich der preussische Staat nicht gebildet hätte, daß man ihn vielmehr, nachdem er sich einmal gebildet, mit allen Kräften erhalten muß, nicht nur um seiner selbst, sondern auch um Deutschlands willen; maßen es mit der deutschen Unabhängigkeit alsbald aus sein möchte, wenn Preußen verfiel. Zugleich geht aber aus jenen Thatsachen die wichtige Folge hervor, daß die preussischen Provinzen (mit Ausnahme von Brandenburg und Pommern) durch keine Pietätsbände verbunden sind, sondern durch ganz andere Verhältnisse, welche sich nicht dem Gefühle sondern dem Bewußtsein kund geben, und wie unstatthaft es demnach ist in Preußen eine Politik auf Gefühlen

basiren zu wollen, wodurch man alsbald in die gefährlichsten Illusionen gerathen muß.

Aus Militärcolonien erwachsen, und in seiner ganzen weiteren Entwicklung unter steten Kriegen fortschreitend, ist Preußen seinem wesentlichen Charakter nach als ein Militärstaat anzusehen. Daß er dieses ist und geworden ist, darf man nicht aus einem bloßen Belieben seiner Regenten erklären, sondern man sieht, wie es nicht anders sein konnte; auch darf der Staat diesen Charakter nicht aufgeben, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Umgekehrt steht es keineswegs in dem Belieben anderer Staaten, ihrerseits auch Militärstaaten zu werden. Denn immerhin können diese Staaten eine große Militärmacht organisiren, allein sie werden dadurch noch nicht zu Militärstaaten, insofern die militärische Entwicklung nicht das Charakteristische für sie ist; wie z. B. Oesterreich kein Militärstaat zu nennen ist.

Wenn ich aber sage, daß Preußen ein Militärstaat sei, so folgt daraus keineswegs, daß demnach in Preußen alles auf Krieg, auf Soldaten und Kasernen hinauslaufen müsse, sondern wie ein jeder Mensch, was auch sein Charakter und Stand sein möge, doch ein volles Menschenleben leben soll, so wird auch der preußische Militärstaat alle Zweige des Staatslebens entwickeln. Nur wird er dazu Formen wählen, welche seinem Grundcharakter entspre-

den, und kann sich nicht über Nacht in einen Parlamentsstaat verwandeln, wenn nicht etwa die Staatsweisheit in der Verläugnung aller realen Verhältnisse bestehen soll, wie es neuerdings Mode geworden. Wenn es sich demnach um die preussische Verfassung handelt, so soll man sich nicht die Aufgabe stellen, Preussen in eine sogenannte constitutionelle Monarchie zu verwandeln, auf den breitesten oder meinetwegen auf den schmalsten Grundlagen, noch auch nach sogenannten conservativen Verfassungsformen suchen, da alle dies nur als pure Fäselerei anzusehen ist, sondern man hat sich ganz einfach die Frage zu stellen:

Wie läßt sich der Charakter des preussischen Militärstaates mit der politischen Freiheit, so wie mit den Bedingungen der Volkswohlfahrt und der heutigen Civilisation vereinigen?

Was aus dieser Untersuchung herauskommt, wird dann die preussische Verfassung sein.

Zum Zweiten darf man nicht übersehen, wie tief die Geschichte der preussischen Provinzen und sogar die Geschichte des preussischen Staates selbst mit slawischen insbesondere polnischen Verhältnissen verflochten ist.

Was das letztere anbetrifft, so reichen die Verbindungen bis auf die ersten Anfänge des preussischen wie des polnischen Staates zurück. Denn von Mag-

deburg aus wurde das Bisthum Posen gestiftet; von Magdeburg aus zog Kaiser Otto III. nach Gnesen, und setzte dem polnischen Herzog die Krone auf, indem er ihn zugleich für einen Vasallen des Reiches erklärte, von Magdeburg empfangen die polnischen Städte das magdeburger Recht.

Umgekehrt hat ein polnischer Herzog den deutschen Orden an die Weichsel gerufen, und ihn daselbst mit Ländereien ausgestattet. Ein polnischer König hat dem letzten Hochmeister des Ordens, Albrecht von Brandenburg, die Herzogswürde über Preußen verliehen, und die Vorfahren unserer Regenten haben knieend auf dem Markte zu Krakau den Jagellonen gehuldigt, von denen unsere Könige sogar der weiblichen Seite nach abstammen. Es kann dabei als ein interessantes Faktum bemerkt werden, daß auch die anderen Regentenhäuser, welche Theile des ehemaligen Polens regierten oder noch regieren, weiblicherseits von den Jagellonen abstammen; nemlich außer dem preussischen das russische, das österreichische und das sächsische. Während also die polnische Dynastie in männlicher Linie ausstarb, hat sie sich in weiblicher Linie über halb Europa verbreitet. Man kann dies auf ein Uebergewicht des weiblichen Prinzipes in Polen deuten, welches sich auch sonst vielfach kundgegeben. *)

*) Diese Abstammung ist dadurch begründet, daß der Kurfürst Joachim II. von Brandenburg die Tochter des Königs

Nun hat zwischen Preußen und Polen ein Wechsel der Macht stattgefunden. Zur Zeit seiner Blüthe drückte der preussische Ordensstaat Polen darnieder, als aber Polen emperkam, unterwarf es den Ordensstaat, von welchem ein Theil dem polnischen Reiche inforverirt wurde, der andere Theil in Lebensabhängigkeit gerieth; bis dieser Lebensnerus, nachdem durch Verbindung Preußens mit Brandenburg eine neue Macht erwachsen, Polen aber wiederum in Verfall gerathen war, unter dem großen Kurfürsten gelöst wurde. Das sind also noch keine volle zweihundert Jahre her, daß unsere Regenten aufhörten wegen ihres Herzogthums Preußen polnische Vasallen zu sein. Wie nun Polen immer mehr verfiel, nahm der große Friedrich Westpreußen in Besitz, und in Folge der allgemeinen Theilung haben wir schließlich auch Posen bekommen.

Von unseren übrigen östlichen Provinzen ist desgleichen ein großer Theil ursprünglich polnisches Gebiet gewesen. Denn Schlesien war bekanntlich ein polnisches Herzogthum, welches später ein Lehn der Krone Böhmen wurde, mit Böhmen an Oesterreich kam, und von da an Preußen fiel. Die Neumark Siegmund von Polen heirathete. Ferner heirathete Friedrich von Oldenburg eine Enkelin des Königs Kasimir; ferner Kaiser Ferdinand eine Enkelin desselben Königs; ferner der Kurfürst Johann Georg von Sachsen eine Enkelin des Herzogs Albrecht von Preußen, der selbst ein Enkel jenes Kasimir war.

und ein Theil von Pommern ist desgleichen polnisches Gebiet gewesen.

Alle dies sind Thatsachen, die man in jedem Compendium nachlesen kann, und die ich nur anführe, um sie in Erinnerung zu bringen, da man sie, wie es scheint, absichtlich in Vergessenheit bringen will. Gewiß, es thut nicht gut, wenn ein Staat die Erinnerung an seinen Ursprung und damit das deutliche Bewußtsein über seinen Charakter verliert.

Wenn es nämlich wahr ist, daß der bei weitem größte Theil unserer Kernprovinzen früherhin slawisches und zumal polnisches Gebiet gewesen, und daß das Emporkommen der preussischen Monarchie wesentlich bedingt war durch Vorgänge, welche außerhalb Deutschland lagen, nämlich durch den Verfall Polens, und daß noch bis diesen Tag gegen 2 Millionen Slawen in unseren Provinzen wohnen, — mit welcher Stirn wagt man denn zu behaupten, daß Preußen ein rein deutscher Staat sei, der seinen eigentlichen Beruf in der Begründung der deutschen Einheit zu suchen habe?

Dies soll weder zum Lobe noch zum Tadel für Preußen gereichen, sondern soll nur die Wahrheit zur Geltung bringen, damit man endlich aufhöre eine Politik auf Lügen zu basiren, eine Politik, die sich für Preußen wie für Deutschland so verhängnißvoll erwiesen. Wohl ist Preußen ein ganz über-

wiegend deutscher Staat, aber ich sage, daß das Deutschthum als solches nicht sein Wesen bildet. Sondern dieses Wesen ist aus verschiedenen Elementen gemischt, und enthält zugleich eine Beziehung auf den Slawismus, mit welchem die Geschichte der preussischen Provinzen vielfach verflochten, und woraus für die preussische Politik wichtige Folgen hervorgehen.

Alle diejenigen nun, welche Preußen in Deutschland aufgehen lassen, läugnen diese Beziehung zum Slawismus, oder, da Thatsachen am Ende doch nicht zu läugnen sind, meinen sie, daß diese Beziehung etwas unwesentliches und vorübergehendes sei.

Diesen Punkt bitte ich wohl zu beachten, und zwar um so mehr zu beachten, je mehr er in der allgemeinen Confusion übersehen zu werden pflegt. Man wird es nämlich immer finden, daß alle die Deutschthümler in Preußen zugleich eine Wiederherstellung Polens in Aussicht nehmen. Und in der That, nur unter der Voraussetzung, daß ein neues Polen begründet werde, ließe sich die Behauptung rechtfertigen: Preußen sei ein rein deutscher Staat, der mit dem Slawismus nichts zu schaffen habe.

Noch einmal, man beachte diesen Punkt, der darum nicht minder wichtig ist, weil er in der Regel verschwiegen zu werden pflegt. Es ist daher nöthig, sich eine bestimmte Ansicht darüber zu bilden; was übrigens nicht schwierig scheint.

Wie nämlich das Emporkommen der preussischen Monarchie durch den Verfall Polens bedingt war, so könnte ein neues Polenreich nur durch die Auflösung Preußens wieder emporkommen; was man doch vom preussischen Standpunkte aus nicht wünschen kann, und ich meine auch nicht vom allgemein menschlichen Standpunkte aus. Betrachtet man endlich die Frage an und für sich, so ergiebt sich, daß das ehemalige Polen nur zu Grunde gegangen, nachdem sein Staatsprinzip vollständig erloschen war, und die theilenden Mächte nur noch eine Ruine fanden. Wohl mag der Blick mit Wehmuth daran haften, und die Phantasie auf diesen Trümmern selbst das Gebäude ihrer Hoffnung errichten, — es sind Gedanken auf einem Grabhügel. Laßt die Todten ruhen! diese Tragödie ist vollendet.

Wenn also an die Wiederherstellung eines neuen Polenreiches nicht zu denken, so folgt dann unmittelbar, daß Preußen eine wesentliche und bleibende Beziehung zum Slawismus habe, und also nicht als ein rein deutscher Staat angesehen werden kann.

Zum Dritten hat der preussische Staat seine Souveränität bekanntlich in der heutigen Provinz Preußen begründet, von welcher er den Namen trägt. Eben weil diese Provinz nicht zu Deutschland gehörte, war es möglich, daß das Haus Hohenzollern zur Souveränität gelangte zu einer Zeit, da der alte

Reichsverband noch bestand. Da also die Wurzeln der preussischen Souveränität außerhalb Deutschland liegen, so ist Preußen etwas von allen anderen deutschen Staaten spezifisch Verschiedenes; was wir nach dem allem für hinlänglich bewiesen halten.

II. Oesterreich.

Es ist wie Preußen ein Herausbau aus dem ursprünglichen kaiserlichen Deutschland, indem es aus den südöstlichen Marken des Reiches hervorgegangen. Der Name der Mark hat sich in der Steiermark noch erhalten, während das eigentliche Oesterreich, welches ursprünglich die Ostmark hieß, gegenwärtig Erzherzogthum genannt wird. Die Stiftung der Ostmark geschah unter Kaiser Otto I., also fast gleichzeitig mit der brandenburgischen Mark. Die deutschen Einwanderer gehörten dort dem bairischen und schwäbischen Volksstamme an, während die preussischen Länder größtentheils von dem sächsischen Volksstamme kolonisirt worden sind.

Zum Ersten. Diese Ostmark wurde also der Kern, woran sich die heutigen österreichischen Länder angeschlossen. Wie die Geschichte der preussischen Monarchie mit der Niederlassung der Hohenzollern in der Mark Brandenburg beginnt, so die Geschichte der österreichischen Monarchie mit dem Erscheinen der Habsburger, da nach dem Aussterben des Hauses

der Babenberger Rudolph von Habsburg das damals sogenannte Herzogthum Oesterreich erwarb. Er stammt bekanntlich aus der Schweiz; daher also das Haus Habsburg in Oesterreich nicht als eine angestammte sondern als eine eingewanderte und eingewandte Dynastie regiert, ähnlich wie die Hohenzollern in Preußen.

Kaiser Rudolph begründete die Politik des Habsburgischen Hauses, welche der österreichischen Monarchie ihren eigenthümlichen Charakter gegeben. Er schloß nämlich sogleich erfolgreiche Familienverbindungen, und indem er die Ideen des Kaisertums auf seine Hauspolitik übertrug, drückt sich in der Entwicklung Oesterreichs ein durch die Tradition gezeichnetes Familienprinzip aus; wodurch sich Oesterreich grundwesentlich von Preußen unterscheidet. So sind denn die wichtigsten österreichischen Länder, Tyrol, Böhmen, Mähren und Ungarn durch Heirathen zusammengebracht, nicht durch Eroberung, und Oesterreich ist demnach, wie schon gesagt, nicht als ein Militärstaat anzusehen. Darum hat Oesterreich Kronländer, Preußen hingegen Provinzen, während die übrigen deutschen Staaten Kreise haben. Wenn es sich demnach um eine Verfassung für Oesterreich handelt, so muß man sich die Frage stellen:

Wie ist das Sonderleben der Kronländer mit der Reichseinheit zu vereinigen?

Was aus dieser Untersuchung herauskommt, wird die österreichische Verfassung sein; wobei der konstitutionelle Schematismus natürlich von vorn herein ganz bei Seite zulegen.

Zum Zweiten. Wie das Emporkommen der preussischen Macht durch den Verfall Polens bedingt war, so das Emporkommen Oesterreichs durch den Verfall Ungarns. Dieser Parallelismus tritt noch mehr hervor, wenn wir bemerken, wie Ungarn überhaupt nach seiner inneren Struktur die allergrößte Aehnlichkeit mit Polen hat. Denn hier wie dort sah man den hohen Klerus und die Magnaten an der Spitze, daneben einen turbulenten Bauernadel, und dazu die germanisirten Städte, stark mit Juden bevölkert. Zweimal haben beide Länder unter einem gemeinsamen Regenten gestanden; einmal nämlich unter dem ungarischen König Ludwig dem Großen, und dann unter dem polnischen König Wladislaw, der in der großen Türken Schlacht bei Warna blieb. Ein gewisser ritterlich=phantastischer Sinn ist den Magyaren wie den Polen eigen; wie auch ein polnisches Sprichwort sagt:

Polak i Węgier dwa bratanki,

Jak do szabli tak do szlanki.

d. h. der Pole und Ungar sind zwei Brüder, wie beim Säbel so beim Becher. Nun ist aber mit Säbelgerassel und mit Becherklang gegenüber den ernsten

Anforderungen der Geschichte nicht auszukommen, und daher Ungarn wie Polen gefallen, wenngleich in sehr verschiedener Weise.

Nämlich, wie man weiß, wurde Ungarn von den Türken überschwemmt, der König selbst blieb bei Mohacz. Nun traten die Habsburger in die Stelle der ehemaligen ungarischen Könige, und wurden dadurch in einen zweihundertjährigen Kampf verwickelt, durch welchen dieses Königreich erst der Türkenherrschaft wieder entzogen werden mußte. In diesen Türkenkriegen ist die österreichische Macht wesentlich erstarkt. Indem sich aber die Oesterreicher solcherweise Ungarn erst erobern mußten, so blieb Ungarn zwar der Form nach ein ganz selbstständiger Staat, wurde aber der Sache nach ein österreichisches Land. Darin lag ein Widerspruch, der in der letzten blutigen Tragödie seine Lösung gefunden, und wir sagen, um so mehr sünden mußte, je mehr der Ungestüm der Magyaren auf Entscheidung drang. Denn diese mittelalterliche Staatsverbindung konnte sich doch nicht behaupten. Entweder also mußte Ungarn ganz von Oesterreich abfallen, oder in den Verband der übrigen österreichischen Kronländer eintreten.

Wer nun nicht nach bloßen Meinungen und Gefühlen urtheilt, sondern die politischen Nothwendigkeiten erwägt, wird sich leicht überzeugen, daß ein selbstständiges Ungarn weder wünschenswerth, noch auch

selbst haltbar sein würde. Wir unsrerseits haben uns darüber nie getäuscht, und im Jahre 1848, da die Dinge am kritischsten standen, schon dieselbe Meinung ausgesprochen.

Ueber alle diese Dinge eine klare Ansicht zu gewinnen, ist für die deutsche Politik unerlässlich, da doch Oesterreich ein wesentliches Glied des deutschen Bundeskörpers bildet, und folglich seine Geschicke wesentlich auf den deutschen Bund zurückwirken. Wäre nämlich Oesterreich in seine Elemente zerfallen, so ließen sich diese Elemente natürlich ganz anders behandeln als die große österreichische Monarchie, und man konnte sich unter dieser Voraussetzung die Herstellung eines deutschen Reiches als möglich denken. Auch sind in der That alle jene Staatsmänner, welche im Jahre 1848 solche Zwecke verfolgten, von dieser Voraussetzung ausgegangen; welches nur aus ihrem gänzlichen Mangel an politischem Urtheil zu erklären ist.

Zum Dritten, wird nach allem diesem hinlänglich klar sein, wie Oesterreich, nicht blos wegen seiner Größe und Bevölkerung, sondern seiner Natur nach, etwas von den übrigen deutschen Staaten wesentlich Verschiedenes ist. Wie Preußen aus den nordöstlichen, so ist Oesterreich aus den südöstlichen Marken des Reiches entstanden. Es ist nach seiner Eigenthümlichkeit viel früher hervorgetreten als Preu-

ßen, welches lange Zeit hindurch als ein schlichtes Reichsland erschien wie die übrigen Reichsländer, aber doch, wie oben gezeigt, von Haus aus ganz anders angelegt war.

Preußen und Oesterreich sind demnach als eigentbümliche Staaten anzusehen, die sich in keine neue deutsche Reichsformation, welcher Art man sie sich auch denken möge, wieder auflösen lassen. Dieses ist einleuchtend genug, und hätte wohl nicht übersehen werden können, wären die Politiker von 1848, indem sie sich für klug hielten, nicht vielmehr von einem wahrhaft abergläubischen Vertrauen auf die Macht ihrer Phrasen erfüllt gewesen.

III. Die übrigen deutschen Staaten.

Ihr spezifischer Charakter ergiebt sich jetzt sehr leicht, da er schon durch den Unterschied zu Preußen und Oesterreich, die wir so eben charakterisirt, angezeigt ist.

Wie nämlich diese aus dem ursprünglichen deutschen Reiche herausgewachsen und zu eigentbümlichen Staaten geworden, so sind die Mittelstaaten und die Kleinstaaten wesentlich in Deutschland beschlossen. In ihnen macht das Deutschthum ihr Wesen aus, da sie, was sie sind, nur als deutsche Staaten sind.

In ihnen hat sich die deutsche Nationalentwick-

lung fortgesetzt, insofern diese National-Entwicklung aus einem Stammleben hervorging. Zum Theil sind sie aus den ehemaligen großen Herzogthümern entstanden, welche selbst auf Volksstämmen beruhten. Von diesen Stämmen haben sich nämlich einige selbstständig erhalten, Andere haben ihre Selbstständigkeit verloren und sind vermischt oder zerstückelt worden.

Danach werden wir also diese Staaten in zwei Klassen unterscheiden, nämlich in solche, die noch bis diesen Tag auf der deutlich wahrnehmbaren Eigenthümlichkeit eines Volksstammes beruhen, woran sie ihren Halt finden, und in solche, die aus der Zersetzung der Volksstämme hervorgegangen, oder nur als Bruchstücke eines Volksstammes erscheinen.

Zu der ersten Klasse rechnen wir Baiern, Württemberg, Baden, Sachsen, Hessen, Hannover mit Braunschweig (als Repräsentant des niedersächsischen Stammes) und Mecklenburg. Alle diese sind zwar an Macht und Bedeutung unter einander sehr verschieden, aber das ist ihnen doch gemeinsam, daß sich in ihnen eine Stamm-Eigenthümlichkeit ausdrückt. Denn, wenn auch Baiern sich insofern wieder unterscheidet, daß es verschiedene Stämme mit sich vereinigt hat, so ist es doch wesentlich durch den bairischen Stamm charakterisirt und beruht ganz unzweifelhaft auf einer Stammentwicklung. Die Bevölkerung von Sachsen und Mecklenburg hingegen ist bekanntlich stark

mit Slawen gemischt, hat aber doch ein eigenthümliches Stammleben entwickelt.

Das scheint also ihr gemeinsamer Charakter zu sein, wodurch sie sich zugleich von den Klein-Staaten unterscheiden. Denn es giebt allerdings noch ein bairisches und bessiisches Volk, aber kein waldeckisches und kein anhaltisches, auch kein waimarisches oder gothaisches Volk, obwohl allerdings ein thüringisches.

Als Kleinstaaten werden wir also diejenigen ansehen, welche nur aus Bruchstücken von Volksstämmen bestehen, Fürstenthümer und Reichsstädte. Jene sind durch die Eigenthümlichkeit eines Fürstenhauses charakterisirt, diese durch die Eigenthümlichkeit einer Bürgerschaft.

Dies möchte also der Unterschied zwischen den beiden Großstaaten, den Mittelstaaten und den Kleinstaaten sein.

Wollten wir die Sachen metarhyssisch behandeln, so könnten wir noch sagen: die ersten drücken die Allgemeinheit eines europäischen Staates aus, die zweiten die Besonderheit eines Volksstammes, die dritten die Einzelheit eines Fürstenhauses oder einer Bürgerschaft.

Wie dem nun auch sei, so wird man eine gewisse Nothwendigkeit in dieser bunten Mannichfaltigkeit nicht verkennen. Denn nachdem sich die Reichseinheit einmal und zwar sehr frühzeitig zu lösen

begann, so konnten sich bei dem spröden Charakter der deutschen Volksstämme nicht wohl große Staaten bilden, außer auf der östlichen Seite aus den germanisirten und halbslawischen Ländern. In dem übrigen Deutschland mußte sich die Stammeigenthümlichkeit geltend machend, insofern sie nicht durch den Feudalismus zersezt wurde.

Auch die natürliche Lage Deutschlands beförderte diese Bildung. Denn die Großstaaten liegen auf der östlichen Seite, wo sich Europa ins Breite zieht. Die meisten Kleinstaaten aber lagen und liegen noch jetzt in denjenigen Theilen Deutschlands, wo sich die Natur am meisten individualisirt; während hingegen Baiern, als der größte von den Mittelstaaten, durch die große bairische Ebene in seinen Ausbreitungstendenzen physisch begünstigt wurde.

II. Vom Dualismus.

Durch den Unterschied der norddeutschen und süddeutschen Volksstämme ist ein Gegensatz in der Nation begründet, der sich selbst zur Zeit jener gewaltigen Kaiser aus dem sächsischen, fränkischen und hohenzstaufischen Hause deutlich nachweisen läßt. Gleichwohl war die Idee des deutschen Kaiserthums damals doch so mächtig, daß sie diesen Gegensatz überwältigte.

Wie aber mit der Reformation die Idee des Kaiserthums selbst ihre Kraft verlor, so trat sogleich ein Dualismus hervor in dem Gegensatz der Konfessionen, der zu Bündnissen und Gegenbündnissen führte; wie es der schmalkaldische Bund und der heilige Bund, die protestantische Union und die katholische Ligue waren. So im 16ten und 17ten Jahrhundert. Im 18ten Jahrhundert erschien der Dualismus als Rivalität zwischen Preußen und Oesterreich, woraus schließlich auch ein Bündniß hervorging, nämlich der Fürstenbund.

Diesem Dualismus wurde durch die französische Revolution ein Ziel gesetzt, da man in Oesterreich und Preußen endlich erkannte, daß man gegenseitig auf einander angewiesen, und nach außen hin gemeinsame Interessen habe. Da nun gleichzeitig der Reichsverband ausdrücklich gelöst wurde, und die übrigen deutschen Staaten zur vollen Souverainität gelangten, so lag es auf der Hand, daß eine Vielheit souverainer Staaten nur durch föderative Formen zu vereinigen sei. Seit der Stiftung des deutschen Bundes beginnt daher für Deutschland die Periode des Föderalismus.

Indessen ist man darüber noch so wenig klar, und sind die dualistischen Tendenzen noch so wenig überwunden, daß man in unsern Tagen einen offenen Rückfall in den Dualismus erleben mußte,

und durch die Unionspolitik sogar der Versuch gemacht wurde, diesen Dualismus grundgesetzlich zu konstituieren.

Daß es dahin kommen konnte, ist nur durch die Verwirrung der öffentlichen Meinung in Deutschland, wie durch die Unklarheit der preussischen Politik begreiflich zu machen; wie wir jetzt zeigen werden. Dabei halten wir es nach den vorhergehenden Betrachtungen für einen hinlänglich bewiesenen Satz, daß das eigentliche Preußen, seinem Charakter nach ein Militärstaat, die Basis seiner Existenz in den Ländern zwischen der Elbe und dem Niemen habe, daß daher unsere westlichen Provinzen nur als ein Vorposten anzusehen seien, und folglich weder für die innere Entwicklung noch für die äußere Politik des Staates maßgebend sein dürfen.

Wie konnte nun diese einfache Wahrheit verdunkelt werden?

Das ist aus den Nachwirkungen der Freiheitskriege zu erklären. Damals nämlich erschien Preußen wesentlich als der Verkämpfer für die deutsche Sache, an welche seine eigene Existenz gebunden war. Das bisherige Vordringen der Franzosen über den Rhein, und die drohende Gefahr, daß sich diese Invasion wiederholen möchte, rief in Preußen eine Politik hervor, welche die gesammten Staatskräfte gegen Westen hin drängte, und den Schwerpunkt des

Staates soweit als möglich gegen Westen verlegen wollte. Daraus erklärt sich denn auch in Preußen die Deutschthümerei, d. h. dieses absichtliche Herausstellen seiner Deutschheit, worin man förmliche Geschäfte macht; was man für eine durchaus verächtliche Erscheinung halten muß. Ach, daß doch Preußen nur seine Kraft zusammen nähme, um auf seinem eigenen Gebiete etwas Tüchtiges zu leisten, das würde ja immer dem gesammten Deutschland zu Gute kommen! Statt dessen werden die eigenen Angelegenheiten vernachlässigt, während man durch deutschthümliche Reden und deutschthümliche Aufzüge etwas für Deutschland zu thun vermeint.

Indem man sich also in diese westliche Politik, welche nur durch die zeitweiligen Conjuncturen zu rechtfertigen war, immer tiefer verirrte, ging man vor allem auf eine Machterweiterung in Deutschland aus, und indem unsere Westprovinzen für diesen Zweck den wichtigsten Anhalt zu bieten schienen, wurde ihnen eine ganz ungehörliche Wichtigkeit beigelegt. Nach einer flachen bürokratischen Ansicht sollte eine möglichste Amalgamirung der beiden Theile des Staates erstrebt werden; welches den Staat vermeintlich kräftigen sollte, da es ihn doch offenbar schwächen mußte, weil er dadurch charakterlos wurde. Die Westprovinzen, sagten die Bürokraten, sind die reichsten und fruchtbarsten und folglich die Hauptprovinzen.

Die Ostprovinzen wurden dagegen fortwährend zurückgesetzt, ihre Interessen vernachlässigt, noch weniger Bedacht darauf genommen, die in diesen Provinzen noch verborgenen Hülfquellen zu eröffnen.

Die Westprovinzen wurden also der Mittelpunkt unserer Politik, obwohl die kölnen Wirren uns doch auf den Gedanken hätten bringen sollen, daß dort keine Rosen für uns blühen, und daß das preussische Wesen nie am Rheine heimisch werden kann. Ich weiß nicht, ob es der Rheinwein oder der kölnen Dom bewirkt, oder all die romantischen Erinnerungen, welche den Vater Rhein umgeben, genug, die Köpfe wurden immer mehr umnebelt, so sehr, daß man am Ende überhaupt nicht mehr wußte, was Preußen ist und an welcher Stelle der Erde es eigentlich liegt.

Im Frühjahr 1848 sollte es daher ohne weiteres in Deutschland aufgehen. Jetzt wurde die Rheinländerei ausdrücklich zum Prinzip erhoben, und so es möglich wäre, sollte das ganze alte Preußen schleunigst verrheinländert werden. Es war, wie wenn der Staat auch die letzte Spur des Bewußtseins über sich selbst verloren. Gewiß, wenn Jemand, der sonst nichts von der preussischen Geschichte wüßte, die Verhandlungen und Ereignisse jener Tage liest, so wird er schwerlich sich einen andern Begriff von Preußen bilden können, als daß es ein am Rhein gelegener parlamentarischer Handelsstaat sei,

der nebenbei auch einige Landstriche zwischen der Elbe und dem Niemen besitzt. Denn alles konzentrierte sich jetzt am Rhein; woher unsere Propbeten kamen, und wohin wir unsere Vertreter schickten, damit die Reichsverfassung errichtet würde. So geschah es denn, daß die heidelberger und nordalbingischen Professoren in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. über die Geschichte Preußens entscheiden wollten. Ich sage hingegen: Ueber die Geschichte Preußens wird dereinst entschieden werden von der preußischen Armee an den Ufern der Weichsel, — welches ein höchst augenfälliger Unterschied ist. Indem wir also unsere Kräfte in Frankfurt a. M. konzentriren wollten, und somit den Schwerpunkt der Macht ganz außerhalb des Staates verlegten, bewegten wir uns im eigentlichen Sinne des Wortes excentrisch; daher denn die ganze folgende Politik auch nichts anderes sein konnte als ein fortwährender Purzelbaum.

In dieser Täuschung wurden wir durch die Umtriebe besagter Professoren bestärkt, als welche die Ansicht aufstellten: Preußen sei der Kern von Deutschland, an den sich alle übrigen Theile Deutschlands anschließen müßten. Mit dieser Schmeichelei wollten sie Preußen kirren, weil sie Preußens bedurften, um den projektierten deutschen Parlamentsstaat zu errichten, welcher Parlamentsstaat für besagte Ehrenmänner als das sicherste Mittel erschien, um selbst zur

Gewalt zu gelangen. Dies liegt deutlich genug vor. Deshalb also sprengten sie die Meinung aus, Preußen sei der Kern von Deutschland; während wir im Gegentheil gesagt haben und hiermit wiederholen, daß es vielmehr ein Herausbau aus dem alten Deutschland ist, so sehr auch diese Ansicht den gothaisirenden Preußen für unpatriotisch erscheinen mag. Denn dahin ist es nun einmal gekommen, daß der Patriotismus im Lügen, im Renommiren und in der Fäulelei besteht, hingegen die Wahrheit zu sagen für unpatriotisch gilt. Gleichviel, ich sage sie dennoch.

Nun meine ich, auf diese plumpe Täuschung wäre man preussischerseits wohl nicht eingegangen, hätte man nicht stets die Westprovinzen im Auge gehabt. Oder man denke sich doch einmal diese Provinzen fort, so möcht' ich wissen, welcher preussische Staatsmann wohl auf den Einfall hätte kommen können: Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen? Bloß diese Westprovinzen haben uns also zu der unglückseligen Reichspolitik verleitet, die uns so viel Opfer gekostet und so viel Schande eingetragen hat.

Immer das Rheinlied im Kopfe, hören und sehen wir nicht, was in unsern alten Provinzen vorgeht; noch weniger finden wir Geschmack daran, uns den Interessen dieser Provinzen zu widmen. Oder möchten wir doch nur untersuchen, wie es in Schlessien, in Pommern, in Masuren u. s. w. aussieht. Gott

bewahre! wir mäschen in deutschen Angelegenheiten, das ist unser Hauptgeschäft. Dazu machen wir Militärpromenaden am Rhein, um unsere neuen Uniformen zu zeigen; liebäugeln mit den Süddeutschen, die uns dafür auf den Kopf spucken, sobald wir nur den Rücken kehren, und verthuen das schöne Geld, um die Reichspolze aufzuführen. Hätten wir doch Eisenbahnen dafür gebaut, so wäre es doch nicht zum Fenster hinausgeworfen! Derweilen wir aber in Baden herumspazirt, haben wir die für uns so wichtigen dänischen Angelegenheiten auf das unverantwortlichste vernachlässigt. Wo wir also was zu thun haben, thun wir nichts, und wo wir nichts zu thun haben, da machen wir uns wichtig. Preußische Staatsmänner! laßt den Rhein in den Ocean fließen, um nach Norden und Osten zu sehen, denn ich sage: Preußen ist ein nordischer Staat. Diese unglückselige Südpolitik aber, — was hat sie uns denn eingetragen? Nun, gleichsam als die Tropbäen derselben haben wir Hechingen und Sigmaringen erworben, welche in Zukunft Vertreter nach Berlin schicken werden, um die preußischen Angelegenheiten mitzuberathen, die ihnen grade so gut bekannt sind als der Bloßberg. Man beachte das! Als ob nicht die Fremdartigkeit der Elemente und die daraus hervorgehende Confusion in unsern Kammern ohnehin schon übergroß wäre? Oder als ob nicht unsere Politik

ohnehin schon an übergroßer Complication lüthe, daß wir uns noch diesen süddeutschen Larven an die Beine binden, der uns nichts eintragen kann als Verwicklungen wie Neuenburg, während doch unsere Politik grade der Vereinfachung bedarf, welche nur zu erreichen steht, wenn wir die Ostprovinzen zur ausschließlichen Basis unsrer Politik machen?

Hilft Alles nichts, es bleibt dabei: Preußen liegt am Rheine, wo auch unsere Prinzen studiren und residiren müssen. Am Rhein ist die politische Bildung zu Hause, die wir uns anzueignen haben, um Preußen zu verrheindern. So haben uns denn die Rheinländer den Konstitutionalismus eingeschleppt, der in den alten Provinzen keinen Boden findet; und den Rheinländern zu Liebe führen wir eine allgemeine Gemeindeordnung ein, welches wohl als eine der unklugsten Handlungen anzusehen, die je in Preußen begangen worden. Denn ohne Zweifel ist gerade die Gemeindeordnung das allerwichtigste Institut, um die Landeskräfte zu entwickeln und diese Entwicklung zu reguliren, vorausgesetzt nämlich, daß solche Gemeindeordnung für die realen Verhältnisse paßt. Mäßen nun diese Verhältnisse am Rhein und an der Oder sehr verschieden sind, so ist es absolut unmöglich eine gleichmäßig passende Ordnung aufzustellen; die Folge also, daß diese Ordnung nicht nur nichts nützt, sondern sogar schadet, indem sie die

Dinge in Verwirrung bringt. Gleichwohl meint man durch solche Gleichmacherei den Staat zu kräftigen, indem man eine illusorische Staatseinheit herstellt, wie es die allerneueste Staatsweisheit angiebt. Ich erlaube mir aber die Frage, welches denn die Idee sei, die sich in dem also nivellirten Staate ausdrückt, und finde nichts als die pure Ideelosigkeit selbst. Daß aber aus solcher Ideelosigkeit Macht hervorgeht, ist in der Welt noch nicht erhört worden. Vielmehr beweist die ganze Geschichte, wie selbst kleine Staaten bedeutende Macht entwickeln konnten, so lange sie einen deutlich ausgeprägten Charakter bewahrten, während andere Staaten, trotz ihren vielen Quadratmeilen, Menschen und Geldmittel doch nur als eine todte Masse erschienen.

Zu dieser Behauptung bietet unsere eigene Geschichte die schlagendsten Beweise. Oder liegt es nicht vor, daß Preußen gegenwärtig an materiellen Kräften, wie desgleichen an einer scheinbaren Staatseinheit seit den Tagen des großen Friedrich ganz außerordentlich zugenommen, während jenes Preußen des großen Friedrich doch etwas ganz Anderes in der Welt bedeutete als das heutige? Und warum denn? Weil es damals einen Charakter hatte, der sich in seiner innern Organisation wie in seiner auswärtigen Politik aussprach, während es gegenwärtig in beiderlei Hinsicht charakterlos erscheint. Eine Po-

litik, d. h. eine planvolle Leitung der innern Entwicklung im Zusammenhange mit der nach Außen gerichteten Thätigkeit ist ja seit lange bei uns gar nicht wahrgenommen, sondern Alles nur ein fortwährendes Taumeln gewesen, von Berlin nach Frankfurt, von Frankfurt nach Erfurt, von Erfurt nach Warschau, von Warschau nach Olmütz, von Olmütz nach Dresden, und Gott im Himmel weiß, wann wir endlich unsern Schwerpunkt finden werden; ganz zu geschweigen von der innern Politik, so wie von der Handelspolitik, die, wie man eine Hand umdreht, aus der Schutzzöllnerei in die Handels-Freiheit übergeht.

Und woher dieses Taumeln? Weil man nicht mehr zu wissen scheint, was denn Preußen eigentlich ist, nämlich ein Militärstaat, und wo es eigentlich liegt, nämlich zwischen der Elbe und dem Niemen. Würde man nur dies Eine festhalten, so würde ja bald daraus folgen, daß unsere Westprovinzen nur als ein bloßes Vorland zu behandeln, daher auch ihre eigenen Gesetze und Institutionen haben mögen, soviel sie nur wollen, und wenn sie es etwa wünschen, auch einen Vicekönig bekommen können; indem doch nie daran zu denken ist, daß die Rheinländer im vollen Sinne des Wortes Preußen würden, andererseits aber eine künstliche Amalgamation beider Landestheile nur dazu führen kann, den Staat

Charakterlos zu machen, und folglich seine ganze Zukunft zu untergraben. Würden also die Westprovinzen als ein besonderes Land behandelt, so hätte man dann freie Hand um Institutionen einzuführen, die für den Charakter der Ostprovinzen passen; würde auch alle seine Anstrengung darauf richten, die in diesen Provinzen noch unerschlossenen Kräfte ins Leben zu rufen, und die auswärtige Politik ausschließlich nach den durch die Lage der Ostprovinzen gebotenen Rücksichten bestimmen.

Würde sich dann diese Politik in Uebereinstimmung mit der inneren Entwicklung halten, und die ganze Thätigkeit sich auf wenig bestimmte Punkte richten, die man mit Beharrlichkeit verfolgte, so müßte Preußen bald eine neue Macht gewinnen, und könnte leicht an die Spitze einer nordischen Allianz treten. Würde sich Preußen ferner aller Versuche entschlagen, in Deutschland eine neue Machtstellung zu erwerben, indem es sich vielmehr streng auf der Linie seiner Bundespflicht hielt, so würde es um so mehr geehrt werden, und dann alle deutsche Staaten, deren Eifersucht es jetzt erregt, zu Bundesgenossen haben.

Ich meine wohl, in dieser Position müßte Preußen einen entschiedenen Einfluß in Europa ausüben, während unser Einfluß gegenwärtig fast auf Null gesunken. Sehr erklärlich, da man ja nicht einmal

weiß, ob Preußen ein Ostseestaat oder ein Rheinstaat, oder überhaupt in Deutschland aufgegangen ist. Wie soll ein solcher Staat Respect finden?

Dabin also hat uns die Deutschtüberei geführt, oder ich will sagen verführt, indem man unserer Eitelkeit schmeichelte durch die Behauptung: Preußen sei der Kern von Deutschland. Ueber dieses Manöver haben wir noch einiges zu sagen.

Um nämlich jener Behauptung noch mehr Kraft zu geben, suchten die Professoren die Meinung zu verbreiten, daß eigentlich schon die ganze preussische Geschichte die Tendenz in sich trage, die deutsche Einheit herzustellen; während doch Jedermann weiß, daß es fast umgekehrt ist, indem diese Geschichte vielmehr darauf hinausläuft Preußen vom Reichsverband unabhängig zu machen. Dennoch wußten sie ihren Lügen eine sehr wirksame Folie zu geben, indem sie den unter dem großen Friedrich gestifteten Fürstenthum an's Tageslicht hervorzoogen, um dann mit der Behauptung aufzutreten: Jetzt müsse Preußen das Werk vollenden, welches der große Friedrich schon begonnen. Gewiß, das war ein wirksames Argument, wenn man die neu projectirte Politik auf den Vorgang des großen Friedrich stützen konnte. Welcher Preusse durfte nun noch zweifeln?

Sofort wurden also die Zeitungen instruiert, vom

Fürstenbund zu reden, der die größte und schönste That des großen Friedrich gewesen, ein erhabenes Bauwerk, das seine Entel jetzt vollenden müßten.

Wir meinen hingegen, die größte und schönste That Friedrichs war offenbar die Eroberung Schlesiens; die nächst größte, obwohl nicht schöne That, die Erwerbung Westpreußens, von allen großen Thaten die kleinste aber die Stiftung des Fürstenbundes; der auch gar keine bleibende Nachwirkungen hinterlassen, außer die Akten im Geheimen Staatsarchiv. Diese Akten wurden nun von der Professorenpartei hervorgezogen und in den Druck gegeben, um uns den Fürstenbund in seiner ganzen Herrlichkeit vor Augen zu halten. Dabei mag man wohl gemeint haben, die Sinne seien schon so vollkommen umnebelt, daß man uns nur ein Buch vorzubalten brauche, um allen Widerspruch darniederzuschlagen. Oder sollten die Herren wirklich selbst schon so befangen gewesen sein, um nicht zu sehen, wie eben der Fürstenbund das gerade Gegentheil der Unionspolitik gewesen? Denn man weiß ja, es ereignet sich allerdings zuweilen, daß Jemand, der eine dreiste Lüge oft wiederholt, sie am Ende selbst glaubt.

Wie gesagt also, sollte der Fürstenbund jetzt zum Vorbild für die Unionspolitik dienen. Das ist der Mühe werth zu betrachten.

Dieser Fürstenbund wurde bekanntlich veranlaßt durch die ehrgeizigen Bestrebungen des Kaiser Joseph, der sich durchaus in Deutschland ausbreiten wollte; was für den großen Friedrich wie für alle andern Reichsstände natürlich sehr gefährlich erschien. Diese Reichsstände vereinigten sich also unter den Auspicien Preußens zum Schuß der bestehenden Reichsverfassung, d. h. des Partikularismus, und das Ganze war somit eine Legitimitätspolitik. Unsere Unionspolitik hingegen hatte die Tendenz, die bestehende Bundesverfassung umzustürzen, und den Partikularismus wo möglich zu überwinden, war also das direkte Gegentheil davon und zugleich eine Revolutionspolitik. Vielmehr hat gerade Oesterreich, da wir uns jetzt eben solche Uebergriffe erlaubten als weiland Kaiser Joseph, Friedrichs Fürstenbundspolitik nachgeahmt, indem es, wie man weiß, mit sehr gutem Erfolg zum Schuß der bedrohten Bundesverfassung und des bedrohten Partikularismus austrat.

Nichts desto weniger mußte der Fürstenbund der Union zur Follie dienen. Gewiß, das heißt Geschichte verfälschen; und diese saubere Praxis ging von der Professorenpartei aus! Nun, was mögen wohl ihre Zwecke gewesen sein?

Neden wir nicht länger mehr davon, sondern nachdem wir die Geschichte dieses unglückseligen Rück-

falls in den Dualismus aufgeklärt, wollen wir noch versuchen, eine möglichst deutliche Vorstellung davon zu geben, in welche heillose Verwirrung die deutsche Politik dadurch gerathen mußte.

Erinnern wir uns also daran, wie wir in der vorhergehenden Betrachtung die Stellung Preußens, Oesterreichs und der übrigen deutschen Staaten darzulegen suchten.

Im Nordosten von Deutschland, sagten wir, ist der preußische Staat erwachsen. Er übt durch seine Lage eine politische Wirksamkeit aus nach drei Richtungen hin, nämlich nach Norden, nach Osten und nach Westen, während er auf den europäischen Süden keinen Einfluß hat. Die östliche Richtung bezeichnet die Beziehung zum Slawismus, die nördliche Richtung die Beziehung auf Scandinavien, die westliche Richtung bezeichnet Preußens Theilnahme an den allgemeinen deutschen Angelegenheiten.

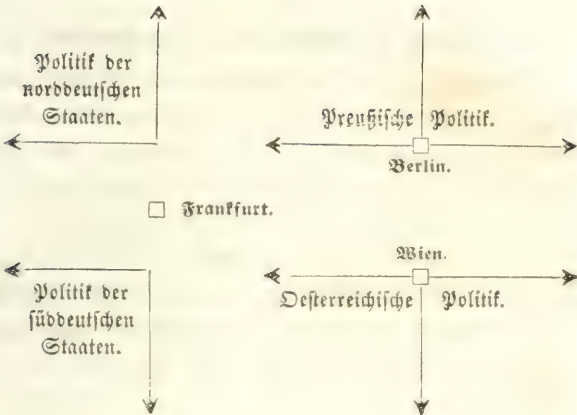
Im Südosten von Deutschland hat sich die österreichische Monarchie gebildet, deren politische Wirksamkeit ebenso nach drei Richtungen hin zu verfolgen ist; nämlich nach Osten, welche auf die Beziehungen zu den Donauländern und dem Orient hindeutet; nach Süden, welche auf die Beziehungen zu Italien hindeutet; endlich nach Westen, welche Oesterreichs Theilnahme, an der allgemeinen deutschen Politik bezeichnet; während Oesterreich auf den europäischen

Norden keinen direkten Einfluß hat. Denn sehen wir jetzt Oesterreich gleichwohl im Norden operiren, so ist das nichts als ein Paroli für Baden, wo wir unsererseits auch nichts zu suchen hatten.

Von den übrigen deutschen Staaten stehen die süddeutschen in Beziehung zu dem obern Italien, zur Schweiz und zu Frankreich, und wirken also nach Süden und Westen; die norddeutschen aber in Beziehung zu den Niederlanden, England und Skandinavien, wirken also nach Westen und Norden.

Hieraus ergibt sich das Folgende. In östlicher Richtung wirken Preußen und Oesterreich zusammen; in westlicher Richtung wirken alle deutschen Staaten zusammen; in nördlicher Richtung wirkt Preußen mit den norddeutschen Staaten zusammen; in südlicher Richtung wirkt Oesterreich mit den süddeutschen Staaten zusammen. In Summa zeigt sich also, daß, wenn sich nur alle deutschen Staaten in ihrer natürlichen Wirkungssphäre halten, überall ein freundliches Zusammenwirken möglich, und durchaus kein Grund zum Zwiespalt vorliegt.

Ich weiß, das sind abstrakte Bezeichnungen, deren ich mich auch nur bediene, um den Leser zu einem möglichst scharfen Nachdenken zu veranlassen; und um ihn dabei noch mehr zu Hülfe zu kommen, füge ich dem soeben Gesagten noch eine graphische Darstellung hinzu.



Diese Krabeske also versinnbildlicht die deutsche Politik, wenn Alles in Harmonie steht. Da kam die Reichspolitik, durch welche Preußen seine ganze Kraft in der Richtung von Berlin nach Frankfurt ausströmen ließ. Will man sich nun auch die daraus hervorgehende Verwirrung versinnbildlichen, so nehme man ein Bleistift und ziehe eine Linie von Berlin nach Frankfurt, in welcher Richtung sich jetzt die preussische Politik verlief, und man sieht, wie diese Linie alle andern Richtungslinien schräg durchschneidet. Das ist die Linea Radowitzianna, welches verdeutschelt heißt: die breite Straße des Verderbens.

III. Vom Einfluß des Auslandes.

Darüber ist seit Jahrhunderten ein Klagelied zu singen gewesen. Denn seit der Reformation wurde dem fremden Einfluß das Thor geöffnet, seit dem westphälischen Frieden aber wurde er fast etwas Legitimes, und ist bis diesen Tag noch übergroß.

Da aber eine Menge unklarer Vorstellungen darüber herrschen, so mag es dienlich sein, uns in einigen Worten darüber zu verständigen, was denn der ausländische Einfluß sei, und wie ihm zu begegnen sein möchte?

Es üben nämlich die Nationen und Staaten einen so natürlichen als unvermeidlichen Einfluß auf einander, der schon aus ihrem bloßen Nebeneinanderbestehen folgt, und sich nach den Machtverhältnissen richtet; indem wir unter Macht nicht bloß physische sondern auch geistige Macht begreifen. Dieser Einfluß wird alsdann der Macht selbst proportional erscheinen.

Die europäischen Staaten bilden ein System, das in sich selbst gravitirt. Jedes Glied influenzirt die übrigen, und wird von den übrigen influenzirt. So hat Deutschland im Mittelalter sehr mächtig auf Europa eingewirkt, während es selbst hingegen von Italien aus sehr mächtige Einflüsse geistiger Natur erfuhr. Wie aber Deutschlands Macht, so verrin-

gerte sich auch der Einfluß den es selbst ausübte, während umgekehrt der Einfluß, den es erfuhr, in demselben Maaße größer wurde. Im Zeitalter Ludwigs XIV. wurden wir influenzirt von Frankreich, das uns damals physisch wie geistig überlegen war. Heute erfahren wir den meisten Einfluß von England und Rußland, weil dies dormalen die mächtigsten Staaten Europa's sind. Freilich übt auch seinerseits Deutschland einen Einfluß auf England und Rußland aus, der aber in demselben Maaße geringer sein muß, als Deutschland schwächer ist.

Was ist dagegen zu machen? Ich sage, wir müssen mächtiger werden. Wer dazu ein Mittel angeben kann, mag es vorbringen, sonst aber sich unnützer Deklamationen enthalten.

Weil nun ferner Deutschland in sich selbst getheilt ist, findet der fremde Einfluß um so leichter Eingang, je breiter die Spalten und Fugen des Nationalkörpers auseinander gehen. Dagegen ist also nichts anderes zu machen, als daß wir mit der größten Sorgfalt Alles vermeiden, was Uneinigkeit stiften könnte, vielmehr stets zum innern Frieden reden.

Statt dessen ist neuerdings eine Sorte von Patrioten aufgestanden, welchen die Deklamationen über den fremden Einfluß sehr geläufig sind, wie denn überhaupt Deklamationsübungen ihr Hauptgeschäft bilden, — eine Sorte von Patrioten, welche nichts-

destoweniger mit allen Kräften beflissen waren, Norddeutschland gegen Süddeutschland zu hegen, und dabei das öffentliche Urtheil so sehr zu confundiren verstanden, daß für den Frieden zu sprechen als eine unpatriotische Gesinnung gelten sollte.

Wie weit es mit dieser Confusion gekommen, habe ich selbst erfahren, und mag es gestattet sein, dieses als einen Beleg hier anzuführen. Weil ich nämlich in einem Schriftchen die Unionspolitik bekämpft und zum Frieden ermahnt, haben diese Patrioten ausgesprengt, das sei im Interesse des Auslandes geschrieben. Gegen solche niederträchtigen Unterstellungen mich zu rechtfertigen, erachte ich unter meiner Würde, und will nur noch auf die Sinnlosigkeit solcher Erfindungen hinweisen. Oder ist denn nicht einleuchtend: so lange das Ausland noch richtig kalkulirt, könnte es allerdings in der Entzweiung Deutschlands seinen Vortheil suchen, und wäre es also wohl denkbar, daß diejenigen, welche zum Bürgerkriege anreizen, verkappte Emissäre des Auslandes sind; wer aber die Deutschen zum Frieden ermahnt, dürfte schwerlich auf den Lohn des Auslandes zu rechnen haben. Mögen sie also mit ihren Verdächtigungen fortfahren. Bald genug wird sich herausstellen, wer die bessern Patrioten sind: ob diejenigen, die in kritischen Momenten der Strömung der Meinung folgen um nur ihre Popularität zu

schonen, und sich wohl gar an die Spitze der Lärm-
macher stellen um ihrem verdammlichen Ehrgeiz zu
fröhnen, wenn auch der Bürgerkrieg darüber ent-
brennen sollte, — oder ob diejenigen, die sich solcher
momentanen Strömung entgegen stellen, um dafür
schließlich die Ungunst aller Parteien zu erndten.

Verlassen wir diese Glenden, um zu unserem
Gegenstande zurückzukehren.

Wir sagen also, daß schon durch das bloße
Nebeneinanderbestehen der Staaten ein gegenseitiger
Einfluß bedingt ist, der sich nach den Machtverhält-
nissen richtet, und als ebenso natürlich wie unver-
meidlich angesehen werden muß. Ein anderer Ein-
fluß hingegen, der jenen Einfluß sowohl erhöhen als
auch schwächen kann, wird durch Bündnisse und Gegen-
bündnisse begründet.

Da treffen wir auf eine neue Faselei. Denn
bei uns in Preußen dringen die Patrioten auf ein
Bündniß mit England, in Süddeutschland auf ein
Bündniß mit Frankreich, und in Oesterreich wird
man sich dann um so fester mit Rußland verbünden.
Solcherweise sind diese Patrioten beflissen, Deutsch-
land wo möglich zu zerreißen, folglich aufs Neueste
zu schwächen, hinterher aber deklamiren sie über den
Einfluß des Auslandes. Wir hingegen meinen, daß
sich die deutschen Staaten vor Allem mit sich selbst
zu verbünden haben, wodurch sie alsbald mächtig

genug sein werden, um keiner weiteren Bündnisse zu bedürfen.

Drittens endlich kann der Einfluß der Staaten auf einander durch die Gemeinschaft einer politischen Tendenz befördert werden. Damit kommen wir auf die Tendenzpolitik, und abermals auf eine neue Baselei.

Es treten nämlich die Demokraten auf, und wollen Preußen oder wo möglich ganz Deutschland zum Ritter der Freiheitsprinzipien machen. Wo es also eine Revolution giebt, in Italien oder in Ungarn, sollen wir sie begünstigen. Das nennen sie die Solidarität der Völker. Dagegen treten die Reaktionäre auf, um Preußen zum Ritter der Legitimitätsprinzipien zu machen, und jener Völkersolidarität soll die Solidarität der Regierungen entgegen treten. Nun ist der Weltkampf glücklich organisiert.

Anstatt also seine Kraft darauf zu richten, diesen großen Zwiespalt, der Europa nur schon zu lange verwüstet, zu überwinden, wird der Gegensatz vielmehr mit allen Kräften heraufbeschworen. „Die Welt die Weibling“ wird das Heldengeschrei. Deutschland leidet dabei am meisten, da es ohnehin schon genug Elemente der Entzweiung in sich trägt. Gleichwohl wird die Tendenzpolitik von beiden Seiten fortgesetzt, und während man also nach bestem Vermögen auf die Schwächung des Vaterlandes hinarbeitet, erschallt das Lamento über den Einfluß des Auslandes.

O heiliger Gott! fällt denn kein Strahl des Lichtes in diese Nacht der Unwissenheit?

Sie halten sich für tiefsinnig, weil sie sich in Abstraktionen verrennen, und bemerken nicht, daß es eben die geistige Bornirtheit ist, die sich am leichtesten fanatisiren läßt, und daß eben dieser Fanatismus noch niemals die Welt auferbaut, die er oft genug zerstört hat.

Oder woraus erklärt sich denn überhaupt die Vielheit der Nationen und Staaten, wenn nicht eben daraus, daß allen ein eigenthümliches Prinzip eingepflanzt ist, welches sie zu pflegen und woran sie ihren Halt haben? Daher wird denn jeder Staat seine Politik nicht auf irgend eine allgemeine Tendenz, sondern auf seine Natur basiren. Indem aber die Staaten sich gegenseitig berühren, müssen sie sich in der Entwicklung ihrer Politik gegenseitig berücksichtigen, und sind dadurch beschränkt. So entsteht daraus ein Mittleres, und dieses eben ist der normale Zustand menschlicher Dinge: daß sie weder ganz vollkommen noch ganz verwerflich sind.

Ein Heinrich IV. wurde der Beglückter Frankreichs, und lebt noch heute im gesegneten Andenken, weil er die Geister versöhnte. Wohin es aber mit der Tendenzpolitik kommt, hat das Beispiel eines Philipp und Alba gelehrt, welche die mächtigste Monarchie, die ihrer Verwaltung anvertraut war, als

einen siebten Körper zurückließen; und bis diesen Tag haftet der Fluch an ihren Namen. Sollen wir endlich noch an den dreißigjährigen Krieg erinnern? Den mögen die Deutschen studiren, um zu erkennen, woher der auswärtige Einfluß stammt, und wie ihm zu begegnen sei.

IV. Von der deutschen Einheit.

Selbst unter unseren mächtigsten Kaisern ist Deutschland nie ein Staat gewesen, sondern das Reich deutscher Nationen, welches Reich bekanntlich durch die Eroberung Karls des Großen begründet wurde. So schwer ist es von Anfang an gewesen, die deutschen Stämme zusammenzubringen. Was dann ferner diese Stämme zusammengehalten hat, war die Idee des Kaisertums — eine Idee, die Niemand erfunden hatte, sondern die den Deutschen überkommen, und durch den Genius der Völker geheiligt war.

Nachdem aber diese Idee allmählig erstarben und zuletzt selbst ihre sinnlichen Zeichen verschwunden waren, — dürfen wir etwa hoffen, sie durch eine bloße Verstandeskombination zu ersetzen, nämlich durch die parlamentarische Regierungsform, und ein neues Reich auf paulskirchliche Beschlüsse basiren zu können? Nein, so tief ist Deutschland doch nicht gesunken, daß

es nur noch ein Stoff wäre, den man durch die Chablone drückt. Ja, wir unsererseits danken Gott, daß es mit dem deutschen Parlamentsstaate nichts geworden, der, wenn er zu Stande gekommen, nur die ganze noch vorhandene Nationalsubstanz in Geschwätz aufgelöst haben würde.

Da man also nichts Beliebigen aus Deutschland machen kann, so hat man nur zu fragen, was es ist und was es werden kann? Jenes haben wir in der ersten Betrachtung zu zeigen gesucht, indem wir die vornehmsten Glieder des deutschen Bundeskörpers charakterisirt; wodurch auch die Antwort auf die zweite Frage schon vorbereitet ist.

Zuvörderst sagen wir, daß Deutschland kein centralisirter Staat werden kann. Das liegt auf der Hand. Man braucht ja nur die Frage aufzuwerfen, welches etwa die Hauptstadt sein sollte? Doch ganz gewiß nicht Frankfurt, vor welchem sich Berlin und Wien niemals beugen würden. Ebensowenig Wien, da es fast an der Grenze Deutschlands liegt. Und endlich Berlin auch nicht, obwohl es günstiger gelegen wäre als Wien; indessen erstreckt sich sein Einfluß nicht über den thüringer Wald hinaus.

Ist somit der Einheitsstaat nicht möglich, so könnten vielleicht zwei Staaten aus Deutschland werden, indem die süddeutschen Staaten in Oesterreich, die norddeutschen in Preußen incorporirt wür-

den. Das wäre unter Umständen allerdings möglich, aber so wenig wünschenswerth, daß man es vielmehr mit allen Kräften verhindern muß. Ein Deutschland gäbe es ja alsdann nicht mehr, sondern nur ein Preußen und ein Oesterreich, und statt der Einheit erhielten wir die Zweiheit, welche den schneidendsten Gegensatz zur Einheit bildet. Immerhin möchte eine solche Vergrößerung den beiden Großmächten schmeichelhaft scheinen; wenn man es aber tiefer betrachtet, so hätten sie sich vielleicht selbst ihr Grab gegraben.

Bisher nämlich ist das übrige Deutschland für Preußen und Oesterreich immer noch eine Quelle gewesen, aus der sie selbst belebende Elemente geschöpft, seien es Ideen oder seien es Männer, und man weiß, wie schwer unter Umständen ein Mann wiegt. Stein, Scharnhorst und Blücher waren keine geborne Preußen. Wie viele Gelehrte und Künstler ferner aus Deutschland nach Preußen berufen, ist bekannt genug. Für Oesterreich aber ist es noch weit sinnfälliger, daß es den Zufluß deutschen Geistes nicht entbehren kann. Nun meinen wir, es hieße so viel als die Quelle verstopfen, sollten die noch übrigen deutschen Stämme den Großstaaten inkorporirt werden. Alsdann nämlich würden sie ja in ihrer Eigenthümlichkeit geknickt, und wahrscheinlich ihre Produktivkraft bald verlieren.

Dies sind keine grillenbaften Meinungen, sondern durch die Geschichte bewiesene Wahrheiten. Denn gleichwie eine Sprache allmählig starr wird, wenn ihre Mundarten erlöschen, aus denen sie selbst fortwährend frische Säfte saugen konnte, so gehen überhaupt die Nationen in Erstarrung über, wenn ihr Stammleben erlischt. Als ein Beleg für diese Behauptung könnten aus der neueren Geschichte z. B. die Spanier angeführt werden, welche einst eine große Nation waren, so lange es in Arragonien, Catalonien und Castilien noch ein selbstständiges Leben gab, seitdem aber gleichzeitig mit der Centralisation tief gesunken sind. Und was Deutschland selbst anbetrifft, so waren in der Zeit seiner Größe auch die Charaktere seiner Stämme am deutlichsten ausgeprägt. So viel daher in menschlicher Kraft liegt, soll man das Stammleben wo möglich erhalten und pflegen.

Dies ist die Bedeutung der Mittelstaaten und ihre geschichtliche Berechtigung. Andererseits folgt aber daraus, wie eben diese Staaten selbst die Berechtigung ihrer Existenz untergraben, wenn sie, anstatt ihr Stammleben zu pflegen, sich in einer erkünstelten und illusorischen Großstaaterei gefallen. Oder sprechen sich diese Staaten nicht damit selbst ihr Urtheil, wenn sie das Stammleben für etwas Geringses erklären, und damit den Großstaaten selbst den plausibelsten Vorwand geben, sie zu inkorporiren? In-

dem sie ferner ihr Stammleben durch großstaatliche Tendenzen verzerren und solcherweise erködten, werden sie alsbald eine bloße Masse sein, und einmal zur bloßen Masse geworden, erliegen sie unvermeidlich den mechanischen Gesetzen, nach welchen die kleinen Massen von den großen Massen absorbiert werden.

So viel von der Erhaltung der Mittelstaaten.

Nest fragt sich, ob etwa die Kleinstaaten den benachbarten größern zu inkorporiren seien? Das könnte freilich einzelnen Staaten vortheilhaft erscheinen, würde aber dem Ganzen durchaus nachtheilig sein.

Wir meinen nämlich, da Deutschland doch einmal keinen Einheitsstaat bildet, so ist's besser, daß es viele deutsche Staaten giebt, als daß es wenige gäbe, da in diesem Falle gerade die Vielheit die Föderation erleichtert. Auch sind es gerade die mannichfach abgestuften Machtverhältnisse, welche das Gleichgewicht erhalten, und die Kleinstaaten verringern die Friction zwischen den größeren Gliedern. Ferner ist das materielle Gewicht der Kleinstaaten zu unbedeutend, als daß man hoffen dürfte, die Nationalkräfte durch eine fernere Mediatisirung der Kleinstaaten zu vermehren, insofern man nämlich durch die größere Konzentration die Kräfte zu steigern erwarten sollte. Es scheint vielmehr, daß eine Kraftverringe-

rung daraus entstehen möchte, da die Kleinstaaten gerade in ihrer kleinstaatliden Existenz mehr bedeuten als nach dem Gewicht ihrer bloßen Masse, indem der Trieb, etwas für sich zu sein, so manche Kräfte anregt, die sonst schlummern würden. Es erklärt sich ja daraus, wie gerade von dieser Seite her für die Beförderung der Wissenschaften und Künste und der Civilisation überbauet, sowie für manche andere Nationalangelegenheiten verhältnißmäßig viel ausgegangen ist. Was in dieser Weise so manche kleine Fürstenthümer und ehemalige Reichsstädte geleistet, ist bekannt genug.

Haben aber die kleinen Staaten in dieser Hinsicht und insbesondere in letzter Zeit dennoch weniger geleistet, als sie hätten leisten können, so gilt dies von den andern Staaten auch. Es wird dann einer Theils aus einer allgemeinen Erschlaffung der Nationalkräfte zu erklären sein, anderen Theils aus den falschen Verstellungen, die sich vielfach festgesetzt und die Kleinstaaten verleihtet haben, den ganzen Verfassungs- und Regierungs-Apparat großer Staaten nachzuahmen. Offenbar haben sie dadurch ihrem eigenthümlichen Leben nur geschadet und mußten oft ins Lächerliche gerathen, wenn sie nicht bedachten, daß sich Kleinstaaten immer in einer gewissen patriarchalischen Einfachheit zu erhalten haben. Auch ist es allerdings vorgekommen, daß manche Kleinstaaten die

Schlupfwinkel einer häßlichen Tirannei wie der äußersten Korruption geworden, was indessen bei der zunehmenden Macht der öffentlichen Meinung und dem regen allgemeinen Verkehr, wodurch die Kleinstaaten unter die Kontrolle von ganz Deutschland gerathen, in Zukunft wenig zu befürchten steht.

Nach dem Allen ist die Geschichte der Kleinstaaten keineswegs die unerfreulichste Partie in der Nationalgeschichte, daß uns deshalb der Wunsch entstehen müßte, sie beseitigt zu sehen. Zwar meint man wohl, es läge einmal in der Tendenz der Zeit, Alles auf größere Dimensionen zu führen, und daß daher die Kleinstaaten den Bedingungen des neuern Staatslebens schlechterdings nicht zu entsprechen vermöchten. Das klingt allerdings recht scheinbar; es kommt nur darauf an, wie man sich die Zukunft denkt, ob nämlich die obenerwähnte Tendenz selbst noch fortwährend zunehmen wird. Wir behaupten im Gegentheil, daß die überwiegende Bedeutung, welche seit 50 Jahren die durchaus aufs Große gehende politische Entwicklung genommen, jetzt schon ihren Kulminationspunkt erreicht hat, und in der Zukunft vor den mächtig hervorbrechenden sozialen Fragen mehr in den Hintergrund treten wird. Dieses zugegeben, folgt dann unmittelbar, wie dann gerade die Kleinstaaten für die sozialen Organisationsfragen in vieler Hinsicht günstig situiert sind. Und wenn freilich diese

Fragen oft von allgemeinen Verhältnissen abhängen, welche weit über die Grenzen der Kleinstaaten und der Einzelstaaten überhaupt hinausliegen, so tritt ja eben in dieser Beziehung die Föderation hinzu.

Geht man endlich an die Rechtsfrage, so bedarf es keiner Worte, daß man in einer Zeit, wo obnehin über die Schwächung des Rechtsinnes geklagt wird, sich vor neuen Gewaltstreichcn hüten muß. Am meisten wäre das zu bedenken, wenn man das monarchische Prinzip aufrecht erhalten will, welches in Deutschland gerade durch die Vielheit der Dynastien seine stärkste Begründung findet. In Deutschland nämlich bilden die Fürsten einen **Stand**, und hat eben deshalb das Fürstenthum einen ganz andern Halt und eine ganz andere Bedeutung bei uns, als in den übrigen Monarchieen Europa's, wo der Regent nur als eine einsame Spitze erscheint, deren Erhaltung ganz andere Mittel erfordert als in Deutschland. Haben die deutschen Fürsten dies verkannt, und sich in der Nachahmung eines Ludwig XIV. gefallen, so mögen sie es jetzt büßen, daß sie dadurch die Wurzeln ihrer eigenen Existenz untergraben. Mögen sie davon zurückkommen. Andererseits aber soll man sich hüten, die obnehin schon sehr angegriffenen Wurzeln der deutschen Monarchieen noch mehr zu entkräften, indem man ihnen denjenigen Halt nimmt, welchen sie, wie gesagt, darin finden, daß die

Fürsten in Deutschland einen Stand bilden. Was schadet's, daß darunter auch sehr kleine Potentaten erscheinen? Es schadet insbesondere der Nation nichts, da vielmehr zu erwarten steht, daß gerade diese kleinen Potentaten sich am ersten getrieben fühlen werden, ihre geringe materielle Macht durch ihre persönlichen Vorzüge zu heben, und damit wieder den größeren zum Sporn dienen. Indem so die kleinsten Potentaten den größten ebenbürtig und dem Wesen nach gleich gelten, offenbart sich darin ein gewisser idealistischer Zug des deutschen Wesens: nämlich, daß die bloße Masse an und für sich nichts gelten soll, und Jeder groß sein kann, wenn er nur Etwas aus sich zu machen versteht. Wollte denn Gott, die Fürsten würden etwas Rechtes aus sich zu machen, so wird ihnen in Zukunft Niemand ihre Existenz bestreiten.

So viel sei über die Erhaltung der Kleinstaaten gesagt.

Sollten demnach nicht etwa radikale Veränderungen eintreten, die man nicht im Voraus berechnen kann, und die man niemals provoziren darf, so ergibt sich aus dem Bisherigen, wie die gegenwärtige Zielthätigkeit den Umständen nach immer noch als das Beste für Deutschland angesehen werden muß, indem sich durch fernere Medialisirungen der Zustand des Ganzen nur verschlechtern könnte. Wird also

die Existenz der Partikularitäten als Basis angenommen, so folgt dann unmittelbar, daß eine politische Einheit nur in föderativen Formen zu erreichen steht.

Welcher Art diese Formen seien, soll in einem besondern Kapitel besprochen werden. Hier aber wollen wir noch darauf aufmerksam machen, wie die deutsche Einheit außer durch politische Einheitsinstitutionen noch durch eine Menge anderer Verbindungen erhalten wird, die zusammengenommen einen großen Totaleffect ausüben, wodurch die Mangelhaftigkeit der politischen Bande ergänzt wird.

So hat unsere geistige Entwicklung immer vielfache Vereinigungspunkte gefunden, in den Akademien und Universitäten, wie in den gelehrten Vereinen und Versammlungen, dazu in dem deutschen Buchhandel, dessen Organisation in der ganzen Welt nicht ihres Gleichen findet.

Der deutsche Handelsstand concentrirt seine Verbindungen durch die Messen, unter welchen die Leipziger Messe noch bis diesen Tag eine europäische Bedeutung einnimmt.

Der deutsche Handwerker wandert, und ist überall zu Hause, soweit die deutsche Zunge klingt. Ein wichtiges Band der deutschen Einheit, welches man sich hüten sollte, durch Auflösung der gewerblichen Genossenschaften so wie durch Beseitigung der alten

Handwerksgebräuche, die zwar an und für sich keinen Werth haben, aber dem Handwerker zur Parole dienen, zu schwächen.

In neuester Zeit sind Banken, Aktien- und Versicherungsgesellschaften entstanden, die ihre Wirksamkeit über ganz Deutschland verbreiten. Dazu technische Vereine und Versammlungen, die sich einerseits an die materiellen Unternehmungen anschließen, andererseits mit den gelehrten Verbindungen korrespondiren.

Die Einheit im Handelswesen, worüber noch besonders zu sprechen sein wird, gewährt eine materielle Grundlage, woraus selbst wiederum viele neue Einheitsbände erwachsen werden.

Endlich könnte auch als ein Vereinigungspunkt für die feinere Geselligkeit das Badeleben angeführt werden, welches sich in Deutschland sehr reich entfaltet, und aus ganz Europa Fremde herbeilockt. Es ersetzt gewissermaßen diejenige Concentration der Geselligkeit, welche in den großen centralisirten Reichen die Hauptstadt bewirkt.

Wenn man jetzt schließlich erwägt, wie sich auf dem Boden der gemeinsamen Nationalität, und in Folge einer langen gemeinsamen Geschichte eine Fülle zarter aber mächtiger Verbindungen geschlossen, die sich durch den ganzen Nationalkörper mit tausend Fasern verflechten, so wird man schwerlich meinen, daß durch ein radikales Aufwühlen aller bestehenden Zu-

stände eine gediegenere Einheit zu erreichen sei; da vielmehr zu befürchten steht, daß alle diese zarten Bande darüber zerreißen, auch was sich sonst friedlich gestaltet hat, durch die allgemeine Wildheit, die unvermeidlich hervortritt, wo man alle Schleusen der Leidenschaft öffnet, in Verwirrung gerathen möchte, und feldverweise alles zu einer wüsten Masse würde, die nur durch mechanische Zwangsmittel zusammengehalten werden könnte. Oder liegen nicht Erfahrungen darüber vor? Frankreich galt uns bisher als das Bild der vollendetsten Nationaleinheit, wozu es eben durch seine Revolution gelangt sein sollte. Nun wohlau, jetzt sehen wir dieses Frankreich von Parteien zerrissen, und obwohl es äußerlich als ein Ganzes erscheint, doch innerlich immer mehr zerbröckelnd, weil alle jene lebendigen Bande, durch welche eine Nation im Laufe der Jahrhunderte zusammenwächst, durch die Gewalt der Erschütterungen zerrissen wurden. Oder ist etwa die Einheit des Nationalgeistes erreicht, wo doch dieser Geist nur durch Meinungen und Begriffe bewegt wird, die wie das Wetter wechseln? Nein, nein, das ist nicht der Weg! sollen wir einig werden, so muß es von innen kommen.

V. Vom Deutschen Bunde.

Die Stiftung des deutschen Bundes wird man immer für ein großes Werk der Staatskunst ansehen müssen, wenn man nur die Schwierigkeit der Umstände erwägt, unter denen dieses Werk errichtet worden.

War doch Deutschland seit Jahrhunderten in sich entzweit, in den letzten Zeiten nach Auflösung aller Reichsbände gar in zwei Hälften auseinander gefallen, die sich noch vor kurzem mit dem Schwert gegenüberstanden. Und das war geschehen im Zusammenhang mit jenen ungeheuren Bewegungen, durch welche der Bestand aller europäischen Staaten erschüttert, manche ganz über den Haufen geworfen waren. Jetzt sollten diese Staaten wieder aufgerichtet, und durch Begründung eines neuen Deutschlands für das gesammte europäische Staatensystem der Schlüsselstein gewonnen werden. Denn, ob mächtig oder ohnmächtig, immerhin bildet Deutschland den Kern des Continents, und innerhalb Deutschlands Gränzen sind die großen Völkerschlachten geschlagen wie die großen Völkercongresse gehalten worden.

Was nun die Constituirung des neuen Deutschlands anbeträť, so boten sich zwei Punkte der Erwägung dar:

- 1) nämlich, daß die deutschen Länder durch ihre Bedürfnisse und Interessen wie durch ihre ge-

schichtlichen Traditionen aufeinander angewiesen seien, auch das Bewußtsein ihrer Einheit in der Nation nie erloschen, als welche die Zerstückung des Reiches doch immer als einen Gewaltsbruch und ein bloßes Interimsstadium angesehen hatte;

- 2) aber, daß gleichwohl die deutschen Staaten dermaßen thatsächlich ganz unabhängig erschienen, und somit ein neues Band nur durch freiwillige Vereinigung im Wege des Vertrags begründet werden konnte.

Der Kongreß löste diese Schwierigkeit, indem er die Aufgabe in folgendem Grundgedanken konzentrierte:

„Die souverainen Fürsten und die freien Städte Deutschlands vereinigen sich zu einem beständigen Bunde.“

Worte, sowohl in dem was sie ausdrücken als was sie verschweigen, von der tiefsten Weisheit.

Um sich davon zu überzeugen, mag man sich nur die entsetzlichen Verwirrungen vor Augen halten, die uns neuerdings an den Rand des Bürgerkriegs führten, und welche nur durch eine einfache Abweichung von jenem Texte hervorgerufen wurden, nämlich durch das verhängnißvolle Wort, daß Deutschland ein „Bundesstaat“ werden sollte.

Was heißt das, ein Bundesstaat? Jeden-

falls ein Körper mit einer dominirenden Centralgewalt, welche die Souveränität der Glieder dem Prinzip nach einschränkt, und damit eine Bahn von unbezweifelbaren Konsequenzen eröffnet. Das hieß die Brandfackel in den deutschen Bundeskörper werfen, und alsbald sah man die deutschen Staaten sich zur gegenseitigen Vertheidigung rüsten, anstatt daß es zu einer engeren Vereinigung gekommen wäre.

Ganz anders verfuhr der Congreß, indem er das Prinzip der Partikularsouveränitäten nicht antastete, sondern nur die Ausübung der Souveränität denjenigen Beschränkungen unterwarf, welche durch praktische Rücksichten geboten sein möchten. Man sieht wohl, daß man in dieser Weise sehr weit kommen kann, ohne doch die Partikularsouveränitäten zu irritiren. Dies war ein politisches Benehmen, welches sich in der Wahl seiner Mittel weise beschränkt, um die Sache zu erreichen, jenes aber ein tappiger Doctrinärismus, der die Sache der Form aufopfert.

Darum hat der Congreß andererseits auch nicht von einem „Staatenbund“ gesprochen, welcher als ein bloß völkerrechtlicher Verein gelten könnte, sondern er sagt einfach: „deutscher Bund.“ Und in der That, ein Bund, der die Partikularsouveränitäten in ihrer Ausübung sehr wesentlich beschränkt, und dabei unauflösbar geschlossen ist, bedeutet mehr als ein bloß völkerrechtlicher Verein. Das Wort war

demnach so glücklich gewählt, als man es nur wünschen kann; es drückt das Wesen aus, entspricht den Umständen und erhält die Zukunft offen. Möge es daher beim deutschen Bunde verbleiben!

Um ferner über den wahren Werth dieser Stiftung richtig zu urtheilen, muß man nur keinen idealen Maßstab anlegen, sondern die deutschen Zustände unter sich selbst vergleichen; wodurch sich alsbald herausstellen wird, daß wir doch in den letzten dreißig Jahren mehr Fortschritte in der Einigung gemacht haben, als in den letzten Jahrhunderten in der Uneinigkeit, und daß wir durch die Bundesverfassung doch wenigstens vor inneren Kriegen bewahrt wurden, welches kaum in unsern glorreichsten Kaiserzeiten gelingen mochte. Unterscheide man aber wohl zwischen dem Grundgedanken des Bundes und der weiteren Entwicklung dieses Gedankens, die freilich höchst mangelhaft war; unterscheide man ferner zwischen der Bundesverfassung und dem Bundesorgane, welches nur einen Zweig dieser Verfassung bildet; und unterscheide man drittens zwischen dem Bundesorgane und den von ihm beliebten Maßregeln, die nicht gerade nothwendig aus der bestehenden Organisation folgten. Hiernach wird man erkennen, wie die vielfachen Uebel, über welche in Deutschland mit Recht geklagt worden, eines Theils allerdings aus gewissen mangelhaften Bestimmungen

der Bundesverfassung, andern Theils aber aus der mangelhaften Ausführung dieser Verfassung hervorgehen, und weniger den Institutionen als den Menschen zur Last fallen.

Die Schwierigkeit der Umstände, unter welchen der Bund ursprünglich errichtet wurde, veranlaßte nämlich nicht nur die mangelhafte Einrichtung der Bundesorgane, sondern rief gleichzeitig auch die verhängnißvolle Bestimmung des Artikels 7. der Bundesakte hervor, daß nämlich organische Veränderungen oder neue organische Einrichtungen nur durch Einstimmigkeit zu bewirken sind; wodurch selbstredend jede Weiterbildung der Bundesverfassung auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen mußte.

Dies ist der Punkt, an dem man auch gegenwärtig zu laboriren scheint. Denn soll diese Bestimmung fallen, so ist das selbst eine organische Veränderung, die nur durch Einstimmigkeit zu erreichen steht. So dreht man sich im Kreis herum. Dazu kommt in Betracht, daß wenn der Grundsatz der Einstimmigkeit beseitigt wird, d. h. wenn in Zukunft die Majorität zwingende Beschlüsse zu fassen berechtigt sein soll, gleichzeitig eine Veränderung der Stimmverhältnisse der Bundesglieder eintreten muß. Nach der bisherigen Anordnung haben nämlich in der engeren wie in der weiteren Bundesversammlung die kleineren Staaten Deutschlands zusammengenommen

die Majorität der Stimmen, würden also in Zukunft durch ihre Majoritätsbeschlüsse in Deutschland dominiren können; was doch in der Praxis ad absurdum führen müßte. Will man aber die kleinern Staaten bewegen, den Grundsatz der Einstimmigkeit, welcher ihnen gerade am günstigsten ist, aufzugeben, während man ihnen gleichzeitig eine Schwälerung ihres bisherigen Stimmrechts in Aussicht stellt, so ist zu befürchten, daß sie um so weniger darauf eingehen möchten.

Das ist eine Sache so schwierig als widerwärtig, deren Bearbeitung wir herzlich gern den Herrn Diplomaten überlassen wollen. Wir unsrerseits stellen uns die Frage, in wie fern die Bundesverfassung zu verbessern wäre, wenn die Bestimmungen der Bundesacte im Wesentlichen aufrecht erhalten blieben, indem wir unser Augenmerk weniger auf Veränderungen als vielmehr auf Hinzufügung neuer Institutionen richten, welche dann von selbst eine Rückwirkung auf die beibehaltenen Grundlagen ausüben werden. Wir reden demnach:

1) vom Bundesvorstand.

Bisher nämlich gab es bekanntlich nur eine Bundesversammlung, ein Collegium von Gesandten, welches seiner Natur nach durchaus unfähig ist, die Funktion einer exekutiven Behörde auszu-

üben. Der Bund als solcher konnte daher überhaupt kaum irgend etwas verrichten, da vielmehr Alles, was etwa beschlossen war, nur durch die Partikularstaaten zur Ausführung gelangte; wobei es nicht einmal ein geeignetes Organ gab, um auch nur die Ausführung des Beschlössenen zu controlliren. Gleichwohl giebt es doch offenbar eine Menge Dinge, die nur gehörig ausgeführt werden können, wenn sie von Bundeswegen selbst geschehen.

Dazu bedarf es also eines Organs, welches im eigentlichen Sinne des Wortes als eine Executivgewalt erscheint, nicht als eine Oberregierung über Deutschland, da sie ja nur ausführen wird, was die conföderirten Staaten beschlossen haben. Außerdem wird diese Behörde die Leitung der Verhandlungen übernehmen, und in diesem Sinne ein Directorium bilden. Wir nennen es Bundesvorstand, um uns streng in der Idee und in der Sprache des Bundes zu halten.

Nur durch einen Bundesvorstand kann ferner der Bund selbst eine plastische in die Augen fallende Gestalt annehmen. Die deutsche Einheit wird dadurch etwas Faßbares, woran sich der Wille halten und das Gefühl befriedigen kann; die Nation gewinnt eine objectivische Anschauung ihrer Existenz, wie sie ihr bisher nicht gewährt wurde. Oder was sollte man denn sagen, wenn der Deutsche fragte: wo er-

scheint das Centrum deutscher Einheit? Ja, man mußte auf ein Zimmer in einem dunklen Hause in der Eschenheimer Gasse zeigen, wo hinter verschlossenen Thüren eine Diplomatenversammlung tagte, und von wo aus die Ordonanzen über Deutschland ergingen, den Urtheilen eines Behmgerichts vergleichbar. Gewiß, der alte Bundestag hat genug gethan, um sich verhaßt zu machen, was ihm aber vielleicht am meisten geschadet, das war doch seine Ekelhaftigkeit.

Dieser Gedanke giebt uns zugleich eine Andeutung, in welcher Form der Bundesvorstand erscheinen müsse. Wir sagen also, er muß aus Fürsten bestehen; was außerdem auch durch die Rücksicht auf das monarchische Prinzip in Deutschland geboten wird, da es sich doch selbst widerspricht, daß Regenten unter der Kontrolle eines Diplomatenkongresses stehen sollen.

Nun ergibt sich aus dem bisherigen hinlänglich, scheint auch ganz von selbst klar und allgemein angenommen zu sein, daß Preußen und Oesterreich beide persönlich durch einen Prinzen ihres Hauses in dem Vorstand vertreten sein müssen. Wir verlangen dazu noch ein drittes Glied, und fahren somit fort, die Idee des Dualismus zu bekämpfen.

Es ist nämlich gesagt worden, daß die Executive auf einer wirklichen Macht ruhen müsse, die sich doch nur ei Preußen und Oesterreich finde, welche daher

allein den Verstand zu bilden hätten. Man will darauf um so mehr bestehen, je mehr man die Erhaltung der Ordnung in Deutschland in Zukunft durch äußere Machtmittel zu sichern gedenkt, — eine Ansicht, die, beiläufig gesagt, sich schließlich sehr wenig bewähren möchte. Ferner wird dann gesagt, die Mittelstaaten und noch mehr die kleinen Staaten seien der eigentliche Herd der Revolution, wogegen man sich eben durch eine starke, aus den beiden Großmächten bestehende Executivgewalt zu schützen habe.

Wir nennen das eine einfache Unwahrheit, indem wir glauben, daß die Großstaaten nicht um ein Gran weniger Revolutionsstoff in sich enthalten als die andern, und verweisen dabei nur auf die Thatfachen. Oder hat nicht Preußen durch die Revolution fast seine ganze ehemalige Verfassung verloren, während Oesterreich sogar nur durch fremde Hülfe die Integrität seines Gebietes aufrecht erhielt, da hingegen manche andere Staaten viel weniger durch die Revolution erschüttert wurden, und unter den Mittelstaaten Hannover sogar von allen gewaltsamen Auftritten frei geblieben ist? Ueberhaupt meinen wir, sei es endlich an der Zeit, daß das gegenseitige sich Anklagen und Verklatschen unter den deutschen Staaten aufhört, wenn nicht alles Gerede von deutscher Einheit, das sich seit Jahr und Tag wie ein Wasserstrom ergossen, für pure Heuchelei gelten soll.

Gleichzeitig wiederholen wir und sagen es insbesondere gewissen Ultrapreußen, welchen ihr Ultratismus so sehr die Sinne benebelt, daß sie, indem sie die Unionspolitik bekämpfen, nicht merken, wie sie ihrerseits doch nur dasselbe unter andern Formen erstreben, nämlich den Dualismus, — wir sagen ihnen, daß sich Preußen um sein Selbstwillen aller Versuche zu enthalten habe, durch Bevormundung der übrigen deutschen Staaten sich eine Machtstellung zu schaffen, sich vielmehr in die deutschen Angelegenheiten so wenig als möglich mischen soll, da es im eigenen Hause genug zu thun giebt. Desgleichen sagen wir auch gewissen deutschen Patrioten, daß sie sich definitiv des Gedankens zu entschlagen haben, durch Preußen ein neues Deutschland begründen zu wollen, da solche Projekte legalisch immer scheitern müssen, indem man hinterher in Preußen einsehen wird, daß man dabei sein eigenes Wesen verliere. Mag man sich nur im übrigen Deutschland zusammenehmen, so hat man Mittel genug, etwas zu sein, und wo nur etwas Tüchtiges geschieht, so kommt es immer dem Gesamtvaterlande zu gut.

Kehren wir jetzt nach dieser Digression zur Sache zurück, und erinnern uns an die frühere Charakteristik der Mittelstaaten, so ist einleuchtend, daß eben sie es sind, die an der Executivgewalt Theil nehmen müssen. Ich meine, sie werden das thun, indem sie aus ihrer

Mitte ein Glied dazu als ihren Mandatarius erwählen. Es wäre dies eine Art von Kurwürde, nach föderativen Formen umgewandelt.

Als Mittelstaaten haben wir Baiern, Württemberg, Baden, Sachsen, Hessen (beide zusammen genommen), Hannover (mit Braunschweig) und Mecklenburg charakterisirt, weil es uns schien, daß sich in allen diesen Staaten noch eine deutliche Stammindividualität ausdrückt. Wir wissen wohl, das dies bestreitbar ist, wie vieles Andere auch, aber doch im Ganzen nicht zu leugnen. Diese Staaten sind den Machtverhältnissen nach sehr verschieden, wie es die ehemaligen Kurfürstenthümer auch waren. Das schadet also nicht, da die plumpe Auffassung nach bloßen Machtverhältnissen zu rechnen überhaupt nicht zur Geltung kommen soll, und selbst nicht kann, wenn man es auch wollte. Die Machtverhältnisse werden sich dennoch thatsächlich geltend machen, und braucht eben deshalb nichts grundsätzlich darüber festgestellt zu werden. Ihrer örtlichen Lage nach sind diese Staaten so günstig wie möglich vertheilt, nämlich drei im südlichen Deutschland, drei im nördlichen, einer in der Mitte. Diese Staaten werden also ihre Vollmacht an Einen von ihnen delegiren, den sie mit den erforderlichen Machtmitteln ausstatten, und so ein Mitglied in den Bundesvorstand stellen.

Die Kleinstaaten, die, wie wir meinen, von den

Mittelstaaten allerdings spezifisch verschieden sind, können an der Bildung der Executivgewalt keinen Antheil nehmen. Sie haben auch gar keine Ursache darnach zu streben, da sie die Garantie ihrer Existenz doch nicht in ihrer Macht, sondern nur in dem allgemeinen Rechtszustande, und in dem individuellen Leben, das sie in sich selbst entwickeln, zu suchen haben. Auch ist es ja ehemals stets so gewesen, daß die Reichsstände sich nach Rang und Befugnissen grundsätzlich unterschieden, obwohl sie dem Wesen nach gleich galten.

Soviel vom Bundesvorstand.

2) Vom Bundesrath.

Darunter verstehen wir die bisher sogenannte Bundesversammlung, welche beschließt, was der Vorstand auszuführen hat.

3) Vom Bundestag.

Darunter verstehen wir eine allererst zu bildende Versammlung aus Deputationen der Partikularstände zusammengesetzt, welche in Zukunft zu allen neuen organischen Bundeseinrichtungen und allgemeinen Gesetzen ihre Zustimmung zu geben, auch das Recht der Petition und Beschwerde haben wird. Sie ist vorkommenden Falls von dem Bundesvorstand zu berufen, und verhandelt dann öffentlich über die

Bundesangelegenheiten als ein eigentlich so zu nennender Bundestag, während der früher sogenannte Bundestag wohl eher die Bundesnacht genannt zu werden verdiente.

Wir sprechen jetzt von der Nothwendigkeit dieses Instituts, und finden diese schon staatsrechtlich begründet, wenn überhaupt in Zukunft von Bundeswegen irgend etwas erhebliches geschehen soll, wodurch man doch unvermeidlich zu Fragen getrieben wird, deren Entscheidung in den Partikularstaaten jetzt verfassungsmäßig der Zustimmung der Partikularstände bedarf. Welche Entwicklung nun auch die Partikularverfassungen nehmen mögen, jedenfalls wird es Stände geben oder meinetwegen Kammern, wenn das etwa vornehmer klingt, welche einen legitimen Faktor des Staatsleben bilden, und Gehör zu verlangen berechtigt sind. Wir gedenken damit keinen deutschen Parlamentsstaat zu begründen, sondern wünschen, daß es beim Bunde verbleibe, der durch den Zusammentritt seiner Glieder gebildet wird, welche Glieder aber nicht aus bloßen Regierungen bestehen sondern aus Staaten, worin die Regierungen an die Zustimmung ihrer Stände gebunden sind, und eben deswegen auch in Bundesangelegenheiten nicht für sich allein zu entscheiden haben können.

Für diese Nothwendigkeit spricht selbst die Erfahrung der letzten dreißig Jahre. Weiß man doch,

welche widerwärtigen Conflictc früher dadurch entstanden, wenn Bundesbeschlüsse in die Rechte der partikularen Kammern eingriffen; ganz abgesehen von der an und für sich mißliebigen polizeilichen Tendenz solcher Beschlüsse. Gleichwohl konnte der Zustand immer noch haltbar erscheinen, so lange der Bundesversammlung nur die Kammern der Mittelstaaten entgegenstanden, nachdem aber auch Preußen seine Kammern hat, wird der Bund in Zukunft überhaupt gar nichts durchsetzen können, wenn er nicht mit den Kammern in Communication tritt.

Will man auf geschichtliche Analogien zurückgehen, so wurden freilich die ehemaligen Reichstage des heiligen römischen Reiches nur von den Regierungen beschiedt. Allein damals hatten diese Regierungen einen Herrn an dem Kaiser, und wenn diese kaiserliche Herrlichkeit allmählig zu einem bloßen Schatten herabsank, ohne daß gleichwohl die Verfassung des Reichstages sich wesentlich änderte, so ging es dann auch schlecht genug in Deutschland.

Wir sprechen nicht von einer Volksvertretung beim Bunde, weil dieses Wort gefährliche Konsequenzen involviret. Einmal, insofern es Nationalitätstheorien anregen kann, während doch der deutsche Bund staatsrechtlich keinen Nationalkörper bildet, da er ja auch einige slawische Länder in sich schließt, und wenn gleichwohl doch das Deutschthum

ihm seine reelle Bedeutung giebt, dies eine Thatsache ist, die man nicht in ein Prinzip verwandeln muß, sollen nicht die gefährlichsten Reibungen heraufbeschworen werden. Sodann weil das Wort „Volksvertretung“ in unserm theoretisirenden Zeitalter auch leicht die Idee der Volkssouveränität hervorruft. Wir sagen demnach „Bundestag“ nach der Analogie von „Landtag.“

Solcher Bundestag ist ferner praktisch nothwendig, als ein Ausgleichungsmittel, in welchem sich die Schroffheiten des Partikularismus auflösen. Ferner um den gesammten Nationalinteressen einen Ausdruck zu geben. Von einer Diplomatenversammlung, und wenn man auch die gescheitesten Leute dazu erwählt, steht dies niemals zu erwarten; vielmehr müßte man befürchten, daß solche Versammlung alsbald wieder in ein reines Polizeiregiment gerieth, um durch polizeiliche militärische Repressivmaßregeln, wie man zu sagen beliebt, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Je mehr man dann reprimirt und conprimirt, um so mehr steigt die Erbitterung der Nation, man bedarf immer stärkerer Bände, bis am Ende das Faß dennoch platzt. Darauf sich einzulassen, wollen wir Preußen warnen, und vielmehr noch die Mittelstaaten warnen, die, wenn das Faß zum zweiten Male plagen sollte, durch die Gewalt der Ausströmung wahrscheinlich weggeschwemmt werden möchten.

Solcher Bundestag ist ferner nothwendig als ein Organ der Fortentwicklung der Bundesverfassung, und er ist endlich nothwendig, um dem Nationalleben ein Centrum zu geben. Oder wohin soll es denn kommen, wenn Alles, was sich an höheren Ideen und schwungvollern Gefühlen in der Nation entwickeln mag, keinen sichtbaren Punkt findet, an den es sich anschließen, keine Gestaltung, auf der die Phantasie ruhen möchte? Wohin anders, als daß der Nationalgeist hier erlischt, oder dort sich in abstrakte Schemen verliert, oder dort auf finstere Entwürfe der Gewalt brütet? Damit wollen wir nicht der deutschen Gefühlsseeligkeit und Ueberschwenglichkeit das Wort reden, sondern wir sagen: Etwas Anderes ist's, dem Gefühle Rechnung zu tragen, wie die Weisheit gebietet, ein Anderes aber, die Politik auf Gefühle basiren zu wollen, welches zum Wahnsinn führt.

Wir wissen desgleichen, wie wenig politische Institutionen vermögend sind, die Nation zu heben, während sie aber nichtsdestoweniger doch unentbehrlich sind. Und wenn es eine thörichte Hoffnung ist, Deutschland durch politische Formen groß machen zu wollen, um so thörichter, je weniger diese Formen zu den realen Verhältnissen passen, und je mehr man sich in den Schwindel der Paulskirche verliert, so sagen wir, daß es nicht minder eine thörichte Hoff-

nung ist, durch eine starke Exekutivgewalt, die man sich, wie es scheint, als Generalpolizeianstalt denkt, den innerlichen Zerfetzungsprozeß, welcher die westeuropäischen Völker ergriffen hat, dämpfen zu wollen; wie wir beides in einer besondern Schrift nachzuweisen gedenken. Einstweilen verwiesen wir auf das Beispiel Frankreichs, welches weder durch parlamentarische Regierungsformen zur Größe gelangen, noch durch eine starke Exekutivgewalt vor fortwährenden Revolutionen bewahrt werden konnte.

Was nun die Bildung solches Bundestages anbetrifft, so wird man, wie bemerkt, auf die Partikularstände zurückgehen müssen, und dabei freilich auf manche Schwierigkeiten stoßen, die indessen nicht unüberwindlich sein können, wenn man nur den rechten Willen dazu hat. Auch wäre zu überlegen, ob nicht außerdem den mediatisirten Fürsten eine Anzahl von Stimmen zu geben sei. Für die Nation wäre dies vortheilhaft, da eben diese Mediatisirten, welche nach Artikel 14. der Bundesakte den Partikularstaaten nicht persönlich verpflichtet sind, gewissermaßen als die einzigen Reichsbürger gelten können, und dabei durch die bedeutenden Hülfsmittel ihrer Stellung gar sehr befähigt sind, politische Nationalfragen mit Erfolg zu behandeln. Daß solche potenten Elemente bisher keine Veranlassung hatten, sich mit allgemeinen Nationalfragen zu beschäftigen,

und so auf ein müßiges Rentierleben angewiesen erschienen, muß als ein Verlust für die Nation angesehen werden.

So würde denn also die Bundesverfassung zur vollständigen Entwicklung ihrer Organe gelangen durch den Bundesvorstand, den Bundesrath und den Bundestag, durch welche drei Elemente die Idee des deutschen Bundes ihren vollen Ausdruck erhält.

Ein klares Bild des Ganzen glauben wir hiermit gegeben zu haben. Spezielle Vorschläge zu entwerfen, wäre nicht ohne sehr weitläufige Untersuchungen möglich, wenn sie etwas mehr sein sollten als beliebige Behauptungen, und möchte sogar für einen isolirten Schriftsteller unpassend sein, selbst wenn wir die dazu erforderlichen Hülfsmittel besäßen, die wir nicht besitzen.

VI. Vom deutschen Zollverein.

Es sei dem geneigten Leser vorweg zur Beruhigung gesagt, daß ich in diesem Kapitel nicht beabsichtige in die berühmte Streitfrage: „ob Schutzzölle oder Freihandel?“ einzugehen, welche neuerdings wieder mit ebensoviel Leidenschaft als geringem Verstand auf die Bahn gebracht worden ist, indem ich dafür halte, daß man derartige Schulschereien weit

hinter sich haben muß, wenn man an die Behandlung politischer Fragen geht. Nicht etwa, als ob es dazu keiner Prinzipien bedürfte, — im Gegentheil, gar sehr, aber realer Prinzipien, die nicht aus irgend einer Theorie sondern aus der Natur des fraglichen Gegenstandes entnommen sind. Dieser Gegenstand ist in unserm Falle das deutsche Vaterland, und somit die Frage zu stellen: welche Handelspolitik demselben entspricht?

Betrachten wir uns also das deutsche Vaterland.

Es ist im eminenten Sinne ein Continental-Land, nach Osten wie nach Westen in Continental-Länder verlaufend, während es im Süden nur mit einer schmalen Spitze die Adria berührt, und nur auf der Nordseite von einem schon rauhen Meere begrenzt ist, dessen Häfen durchschnittlich vier Monat im Jahre zuwintern. Ein solches Land gestattet nicht die Vielseitigkeit und Beweglichkeit der Handelsbeziehungen als das insulare England, welches mit seiner hafensreichen Küste, mit seinen tief in das Land hineinreichenden Meeresbuchten und seeartigen Strömen wie ein einziges großes Emporium erscheint, das durch seine Flotten eine ununterbrochene Verbindung mit der ganzen Erde unterhält. Stockt da der Absatz an einem Punkte, so findet man ihn an hundert andern Punkten. Und da die englischen Produktionsverhältnisse alle ins Großartige gehen, und schließlich

dort alles auf eine Combination von Maschinen und Capitalien hinausläuft, wodurch die Menschenarbeit auf bloß mechanische Handgriffe reducirt wird; da ferner die Agriculturarbeiten wegen des milden Winters in England fast zu keiner Zeit ruhen, so ist ein viel schnelleres Uebergehen der Menschen aus einem Productionszweige in den andern möglich; obwohl das daraus entstehende sociale Unglück groß genug ist.

Deutschland, sagen wir also, muß auf eine gewisse Stetigkeit seiner Handelsbeziehungen Bedacht nehmen. Man sieht demnach, was es mit der freihändlerischen Behauptung auf sich habe, daß man nur immer kaufen solle, wo es am billigsten ist. Als ob nicht die Stetigkeit des Geschäftsbetriebs und die dadurch bedingte Sicherheit der Existenzen einen viel höhern Werth hätte, als der momentane Profit?

Solche Stetigkeit der Handelsbeziehungen, durch welche die Stetigkeit der Produktionsverhältnisse bedingt wird, kann durch Handelsverträge befördert werden, welche uns immerhin in der Wahl der Bezugsquellen beschränken mögen, wenn sie uns dafür nur Absatzwege garantiren. Schon um solche Handelsverträge schließen zu können, dürfen wir die Zölle noch nicht aufgeben, da wir mit ihnen das Negotiationsmittel verlören.

Da ferner durch die englischen Produktions- und Handelsverhältnisse eine oft rapide Preisverringering

der englischen Manufakte bedingt ist, so kann dies auf dem Continent sehr erschütternde Rückwirkungen ausüben, wie auch oft genug geschehen, wenn diese Schwankungen nicht durch Zölle gemildert werden. Die Zölle nämlich bewirken ja keinesweges eine Vertheuerung der inländischen Manufakte, welche dem Gesamtbetrag des Zolles gleich käme, sondern es bleibt dazwischen immer eine erhebliche Differenz, welche als ein Sicherungsmittel anzusehen ist gegen ein plötzliches Ueberfluthen des Marktes mit englischen Waaren.

Am meisten muß ein Land wie Deutschland dahin streben, sich sein natürliches Handelsgebiet zu eröffnen, eben deshalb, weil es durch seine natürliche Lage in seiner Communication mit der Welt sehr beschränkt, und folglich die Erweiterung des innern Verkehrs um so wichtiger ist, auch alle diejenigen Geschäfte, welche innerhalb des natürlichen Handelsgebietes stattfinden, den Vorzug einer größern Stetigkeit haben. Bis jetzt ist unser natürliches Handelsgebiet noch durch zwei Hauptzolllinien getrennt, deren Beseitigung in Zukunft mit allen Kräften zu erstreben ist.

Wichtig wird die Vereinigung des jetzigen Zollvereins mit den Nordseestaaten sein; noch viel wichtiger die Vereinigung mit der österreichischen Monarchie. Denn Oesterreich wird uns die Donauländer

und Italien erschließen, und durch das Gewicht seines politischen Einflusses im Orient den deutschen Handel daselbst außerordentlich unterstützen können, während es jetzt noch in dieser Beziehung als ein Rival des übrigen Deutschlands erscheint. Wie albern, wenn man sagen will, die österreichischen Völker seien noch zu roh, um für uns als beachtungswerthe Consumenten zu gelten, während doch die österreichischen Länder noch einen unendlichen Naturreichthum enthalten, dessen Entwicklung nur des Impulses bedarf, worauf diese Länder mit der Steigerung ihrer Production bald außerordentlich consumtionsfähig erscheinen werden.

Daß unsere norddeutschen Seestädte wenig darauf reflectiren, finden wir erklärbar, da sie überhaupt nur den Freihandel im Kopf haben, und über die Belästigung des Handels durch das Zollwesen nicht genug klagen können. Wir sagen, daß dies sehr geringe Beachtung verdient, wo es auf große Nationalfragen ankommt.

Es hat sich aber durch den Einfluß der englischen Nationalökonomie, welche die ganze wirthschaftliche Entwicklung nur unter der Potenz des Handels betrachtet, (wie sich aus englischen Verhältnissen begreifen läßt) und welche gleichwohl von den deutschen Professoren ganz wohlgemuth als die absolute Oekonomie recipirt worden, auch bis diesen Tag noch ohne

Scham und Gram docirt wird, überhaupt eine falsche Ansicht vom Handel bei uns verbreitet, als ob er die Hauptstütze des Nationalreichthums sei. Das kann für eine Insel oder für ein schmales Küstenland wahr sein, aber niemals für ein großes Continentalland, in welchem der Handel nie als der dominirende, sondern nur als der dienende Faktor der Production gelten muß. Unser Hinterland ist ja nicht der Küste wegen, sondern die Küste ist des Hinterlandes wegen da, welches überwiegende Berücksichtigung verdient. Darum darf uns der Flor einiger Handelsstädte nicht über die Bedeutung des Handels verblenden, um so weniger, da der Gewinn dieser Städte zum größten Theil von dem Inlande selbst gezogen ist; es möchte uns sonst ähnlich ergehen, wie wenn man gefüllte Staatskassen als einen Beweis für die Wohlfahrt des Landes ansieht, da sich doch diese Kassen möglicherweise auch durch den Ruin des Landes füllen können. Dahingegen ist zu bedenken, daß ein blühendes Continentalland immer blühende Seestädte haben wird, während nicht umgekehrt die Blüthe der Seestädte als ein Beweis für den Wohlstand des Landes gelten kann. In der That, gehen wir nur einmal landeinwärts, nachdem wir uns zuvor die Handelsblüthe von Hamburg und Stettin betrachtet, gehen wir also in das Eichsfeld, in das Erzgebirge und nach Schlesien, wo wir eine Verarmung finden,

welche durch den Reichthum jener Städte beiweitem nicht aufgewogen wird.

Haben wir hiermit der freihändlerischen Principienreiterei einen Damm entgegengesetzt, so wollen wir uns gleichwohl nicht minder hüten, in die Nege der Schutzzöllnerei zu gerathen.

Von dieser Seite will man uns nämlich glauben machen, daß der Wohlstand des Landes vor allem durch die technischen Gewerbe, d. h. durch die Fabriken begründet sei, während doch ein ganz einfacher Calcul beweist, wie unvergleichlich viel wichtiger der Ackerbau zu erachten sei. Denn um nur eins anzuführen, wenn z. B. durch eine Verbesserung der Wirthschaft erreicht würde, daß, wo man bisher das achte Korn erndtet, in Zukunft das neunte Korn geerntet wird, so entstände daraus ein Zuwachs des Nationalreichthums, wofür wir den gesammten Baumwollen- und Seidenfram, womit die Fabrikanten unmäßig wichtig thun, sehr gern dahingeben möchten.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite, nämlich die, daß die Industrieproducte allerdings insofern eine hohe Wichtigkeit haben, weil sie wegen ihrer größern Transportfähigkeit eine viel größere Einfuhr und Ausfuhr gestatten als Naturproducte, daher selbst ein großes Continentalland vom Auslande her mit Manufacten überschwemmt werden kann, während es sich keinesweges mit Lebensmitteln versorgen läßt,

noch auch selbst in dem Maaße Naturproducte auszuführen vermöchte. Ferner bewirkt die Industrie einen viel größern Umschwung der Kapitalien als der Landbau, in welchem die Kapitalien gebunden sind. In der Nähe der Seestädte, wo der Handel einen großen Kapitalumschwung bewirkt, wird dies nicht empfunden, aber im Hinterlande wird es merklich, daß die Circulation stockt, wo Industrieanstalten fehlen.

Das sind Rücksichten, um derenwillen die Industrieanstalten allerdings mehr Beachtung verdienen, als bloß aus dem materiellen Werth ihrer Produkte folgen würde.

Nach dem bisherigen leuchtet also ein, daß wir, um uns eine gewisse Stetigkeit unserer Handelsbeziehungen und die Entwicklung unserer industriellen Kräfte zu sichern, mit allem Ernst eine allgemeine deutsche Zollvereinigung unter mäßigen Zöllen zu erstreben haben. Sagen wir mäßige Zölle, so ist das freilich etwas Relatives, wie es nämlich auf diesem Gebiete überhaupt keine absoluten Bestimmungen giebt, sondern nur nach sorgfältiger Erwägung thatsächlicher Verhältnisse zu entscheiden ist.

Wie nun der bisherige Zollverein zwischen den Nordseestaaten und der österreichischen Monarchie in der Mitte liegt, und demnach für das Geschäft der Vereinigung als der Vermittler auftreten kann, so werden auch die bisher im Zollverein gemachten

Erfahrungen einen Maßstab für eine zweckmäßige Normirung der Zollsätze an die Hand geben. Diese Erfahrungen haben aber bewiesen, daß die jetzt bestehenden Zollsätze durchweg hoch genug sind, vielfach aber einer Erniedrigung bedürfen werden, wie namentlich für Halbfabrikate und Kolonialwaaren.

Diese Ausichten müßte man also österreichischerseits ins Auge fassen, indem auch nicht entfernt daran zu denken ist, daß sich der Zollverein auf die annoch in Oesterreich herrschende Schutzzöllnerlei oder gar auf das Monopoliengewesen einlassen könnte oder dürfte. Ueberhaupt müßte man dann in Oesterreich das Prinzip annehmen, daß gerade die Entwicklung der annoch gebundenen Naturkräfte seiner Länder die Hauptaufgabe sei, da eine fruchtbare Wechselwirkung zwischen den bisherigen Zollvereins-Staaten und den österreichischen Ländern eben nur unter der Voraussetzung gedenkbar ist, daß Oesterreich seine überschüssigen Naturprodukte, wie namentlich Getreide, Wein, ungarischen Tabak, Salz, Häute und italienische Seide (die auch in Ungarn in großen Quantitäten gewonnen werden könnte) gegen Manufakturen austauscht. Denn gerade durch seine Naturprodukte, wovon die edleren Arten selbst eines weiten Landtransports fähig sind, besitzt Oesterreich einen natürlichen Vortheil, während ihm der Zollverein durch sein Manufakturwesen im Ganzen genommen überlegen ist,

und stets überlegen bleiben wird. Es ist das Verhältniß zwischen Norden und Süden, wie man es fast überall wahrnimmt, in Frankreich, in Italien, in Rußland, in Nordamerika und sogar in England, wo doch die physischen Unterschiede des Landes sich viel weniger bemerklich machen, als in den Kontinental-Ländern.

Berge von Schwierigkeiten werden freilich noch zu überwinden sein, ehe es zu einer vollständigen Vereinigung kommen kann. Einstweilen mag man durch Handelsverträge, so wie durch eine gemeinsame Regulirung von mancherlei Verkehrsangelegenheiten den Weg dazu bahnen. Wir unsererseits haben nur die Wichtigkeit einer Frage andeuten wollen, die man durch Einmischung politischer Parteiansichten verfälscht, und durch die Schulstreitigkeiten mehr verwirrt als aufgeklärt hat. Wir wollten dem öffentlichen Urtheil einige Gesichtspunkte angeben, wodurch man zu einer mehr sachlichen Ansicht gelangt, die dann auch die Ausführung der Sache, wozu es von Seiten des Zollvereins kaum mehr als des guten Willens, von Seiten Oesterreichs aber der energischsten Anstrengungen bedarf, wesentlich fördern wird.

VII. Vom Föderalismus.

Mancherlei Umstände vereinigen sich dahin zusammen, den bisher herrschenden Ideen eines abgeschlossenen centralisirten Staatswesens ihren Boden zu entziehen.

Einen ungeheuren Umschwung der Dinge hat in dieser Hinsicht die materielle Entwicklung der letzten Zeiten bewirkt. Eisenbahnen kürzen die Entfernungen, indem sie die Breite und Länge großer Länder auf ein paar Tagereisen reduciren, während die Telegraphie die Distanzen fast aufzuheben scheint. Das Meer verliert seine Schrecknisse, und die Küsten der Oceane treten sich durch die Dampfschiffahrt so nahe, wie früherhin kaum die Ufer der Binnenwasser. Ueberall ergießt sich der Verkehr über die Grenzen der Staaten und bewirkt eine Fusion der Interessen, welche die vergangenen Jahrhunderte nicht kannten.

Nicht minder kommen die Ideen der Menschen und Völker in Fluß. Je mehr und mehr entwickelt sich ein gewisser kosmopolitischer Sinn. Dieser Sinn, welcher den Blick des Menschen über die Grenzen seines Vaterlandes, geschweige denn der deutschen Partikularstaaten, hinaus-schweifen läßt, schwächt, wenn auch nicht gerade den Patriotismus, doch unvermeidlich den patriotischen Instinkt. Die Vorstellungen von Größe und Ruhm des Vaterlandes verlie-

ren allmählig ihre früher fast magische Macht, worin vordem die Centralisirungs- und Abschließungs-Tendenzen ihren moralischen Boden fanden. Selbst der Franzose wird nicht mehr so sehr durch die Idee des Nationalruhmes fascinirt wie früherhin.

Wie aber der Sinn ins Weite geht, so verschwinden damit eine Menge hergebrachter Vorurtheile, und wie diese Vorurtheile schwinden, thut der Mensch zugleich einen freieren Blick ins Innere, und dringt darin ein, während er gleichzeitig ins Weite schweift. So ist's in der That, obwohl's ein Widerspruch scheint.

Nun stellt sich's also dem Menschen dar, daß jenes centralisirte Staatswesen, wie sehr es sich auch in den Mantel der Freiheit hüllen mag, welcher Mantel Konstitutionalismus genannt wird, in der That keine Freiheit gewährt, sondern selbst nur ein modificirter Absolutismus ist, schlimmer und widerlicher als der ehemalige, da er durch den Schein der Freiheit täuscht. So sieht man denn in Frankreich, wie alle diejenigen, die einige Anwandlungen eines reelleren Freiheitsgefühls empfinden, auf Decentralisation dringen, während die Konstitutionellen mit den Bonapartisten die Centralisation vertheidigen. Und sieht man nicht dasselbe auch bei uns? Die Konstitutionellen dringen auf Centralisation und Gleichmacherei, weil sie selbst in tiefster Seele Absolutisten sind, nur unter der Bedingung, daß sie

eben selbst das Heft in die Hand bekommen. Darum mußte man es erleben, daß durch einen einfachen Kammerbeschluß unsere Städteverfassungen beseitigt wurden, ohne daß die Städte auch nur gefragt wären, ob sie denn eine neue Verfassung haben wollen. Welch ein flagranter Akt des Absolutismus, dessen sich absolute Monarchen kaum unterstanden haben möchten! Leicht erklärt sich daher, wenn einige kluge Leute auf den Gedanken gerathen, den Konstitutionalismus zu einer höchst brauchbaren Maschinerie des Absolutismus einzurichten.

So wenig Freiheit sich in diesem Staatswesen findet, ebensowenig vermag es auch die Wohlfahrt des Volkes zu begründen; wovon man sich ebenfalls in Frankreich zuerst und am lebhaftesten überzeugen mußte, eben deshalb, weil man sich dort am einseitigsten auf den Konstitutionalismus eingelassen, dessen Werth man dann durch eine Reihe von Jahren erproben konnte. Man beobachtete also, wie der Zustand des Volkes durch Verhältnisse bedingt ist, die theils überhaupt nicht von der Regierungsform abhängen, theils auf Lokalorganisation hindeuten. Daher vereinigen sich die sozialen Tendenzen mit der Forderung der Decentralisation. Sie vereinigen sich zugleich mit den föderativen Tendenzen, die im Ganzen und Großen dasselbe bezwecken, als jene im Einzelnen.

Gleichwohl herrscht in diesen neuen Regungen noch eine große Unklarheit. Sie sind noch imprägnirt von den alten politischen Ideen, welche der Bewegung noch ihre Form geben, und damit den Schein veranlassen, als ob sie selbst noch das treibende Element seien. Allein die Thatsachen selbst zerstören diese Täuschung.

Blicken wir nur hin auf diese Thatsachen, und stellen uns diese Frage, was denn die politischen Bewegungen unserer Tage zu produziren vermochten? In Frankreich eine todtgeborne Republik, und in Deutschland sogar noch weniger als ein todtgebornes Reich, da es ein bloßer Abortus war. In Italien und Ungarn aber, wo sich die politische Bewegung mit den mächtigen Ideen nationaler Unabhängigkeit verband, hat sie doch nur Brandstätten hinterlassen.

Das hat die Reaction bewirkt, sagen die politischen Helden, um sich ihre politische Größe nicht schmälern zu lassen. Bergebliche Ausrede. Oder möchten sie sich doch die Frage beantworten, wie es denn der Reaction gelingen konnte jene Bewegungen zu unterdrücken, hätten dieselben eine wirkliche Kraft in sich getragen; da ihnen vielmehr das Gesuchte und Gemachte überall an der Stirn geschrieben stand.

Nein, nein, Eure politischen Ideen sind bei weitem nicht mächtig genug, weder um die Nation zu heben, noch um das Glück der Menschen zu

begründen. Die Periode dieser Ideen ist vorüber, es beginnt die Periode der sozialen und föderativen Ideen, die uns alsbald zu etwas Reellem führen werden, wenn nur erst die Verwirrung, welche die Konstitutionellen in den Dingen wie in den Ueberzeugungen angestiftet, gründlich beseitigt sein wird. Denn zur Zeit ist die Verwirrung noch über die Massen groß; wie sich denn auch daraus erklären läßt, daß die Mißverständnisse in unsern Tagen eine so große Rolle spielen, weil das Zeitalter in der That konfus ist. Denn man mag sich drehen und wenden, wohin man will, — überall trifft man auf Fafelei.

Oder war es nicht das augenfälligste Mißverständnis, wenn man in der Paulskirche die bei uns vorhandenen Anlagen des Föderalismus, deren wir uns freuen sollten, durch den teutonischen Constitutionalismus beseitigen wollte? War es nicht das augenfälligste Mißverständnis, einen neuen Nationalstaat begründen, und damit die in dem deutschen Bundeskörper eingeschlossenen fremden Nationalitäten aufzuregen, oder diese Nationalitäten andererseits ganz ausschneiden zu wollen, während doch gerade die Tendenz der Zukunft auf ein Zusammenwachsen benachbarter Länder und auf die Bildung größerer Gruppen gerichtet ist? War nicht desgleichen die ganze schleswig-holsteinische Bewegung

das augenfälligste Mißverständniß, mag man die Sache von dänischer oder von deutscher Seite ansehen? Oder welche Tollheit hat denn die Dänen ergriffen, daß sie ihre deutschen Herzogthümer dänisieren wollen, und damit die Elemente ihrer Staatskraft doch nur verringern können, indem sie die Bevölkerung dieser Herzogthümer erbittern, und den Haß von ganz Deutschland auf sich laden? Sehr natürlich, daß die Schleswig-Holsteiner sich dagegen erhoben, und wenn wir nach dem Gefühle urtheilen, müssen wir diese Erhebung wohl für die beste Sache erklären, die wir seit Jahr und Tag erlebt, da sie einen ernsten Sinn verrieth, der sich durch wenig Gemachtes, Phrasenhaftes verunziert hat. Um so trauriger wenn wir, die Sache mit dem Verstande prüfend, dennoch urtheilen müssen, daß das Ganze auf Ideen beruhte, deren Zeit vorüber ist. Oder was schadet es denn Deutschland, daß ihm Schleswig-Holstein zur Klammer dient, wodurch es Dänemark an sich fesselt, da sich ja das Deutschthum schon geltend machen wird, wenn es nur in sich selbst etwas rechtes hervorbringt?

Ist's nicht abermals ein Mißverständniß, wenn man den Frieden der Welt durch den Freihandel zu begründen vermeint, der doch, wenn er auf einmal eingeführt würde, die ungeheuersten Erschütterungen hervorrufen müßte, während hingegen die

Tendenz der Zeit offenbar auf die Bildung von Zollvereinsgruppen hinausläuft; was überhaupt als der einzige Weg einer organischen Weltentwicklung angesehen werden muß? Und mit welchem Rechte wollen denn also unsere Prinzipienreiter gegen die Bildung eines deutsch-österreichischen Handelsbundes declamiren, der doch gerade dazu geeignet ist, unsere bisher ungünstig erscheinende Lage zu einem wahren Glück für uns zu machen, indem er für Deutschland die Aussicht eröffnet, der Kern eines großen mitteleuropäischen Bundeskörpers zu werden?

Denn bis jetzt sind unsere Hauptströme noch unterbunden, und die Südküste uns ganz verschlossen. Wohlan denn, es wird anders werden. Eisenbahnen durchbrechen die Alpen, und führen uns an die adriatischen und ligurischen Gestade; der Lloyd hat die Donaudampfschiffahrt eröffnet und desgleichen schon die wichtigsten Verbindungen in dem Orient geschlossen. So können wir unendlich viel gewinnen, wenn wir uns mit der österreichischen Monarchie vereinigen. Nebenbei werden uns die Wege zur Schweiz und nach Sardinien dadurch auch zugänglicher. Das sei hiermit den deutschen Gimpeln gesagt, die jetzt ein förmliches Triumphgeschrei darüber erheben, daß der edle Lord Palmerston mit seinen Handelsprojecten in Sardinien gesiegt, und damit dieses Land einstweilen dem mitteleuropäischen Handelsgebiet entzogen

hat. Immerhin, es kann uns auf die Dauer doch nicht entgehen. Belgien ferner und Holland werden mit der Zeit auch schon kommen, und von den deutschen Nordseestaaten versteht es sich ohnehin ganz von selbst. Dann erst haben wir unser natürliches Handelsgebiet errungen, wenn die Straße von der Nordküste zur Südküste frei ist, und dann wird sich zeigen, was der Deutsche vermag.

Dabei ist's gerade unsere föderative Verfassung, welche auch die Aussicht zu einer engeren politischen Vereinigung jener Länder eröffnet, indem diese Verfassung den Bundesgliedern ihr Sonderleben gestattet. Eben deshalb zweifeln wir gar nicht, daß sich einst die Niederlande wie die Schweiz wieder mit Deutschland vereinigen werden; wozu allerdings keine Hoffnung vorhanden wäre, wenn sich Deutschland centralisirte. Eine merkantile Vereinigung mag den Anfang dazu bilden. Allmählig verschmelzen dann die Länder, während sie immerhin noch staatsrechtlich außerhalb des Bundes stehen.

So mag es denn auch einstweilen noch mit den außerdeutschen Provinzen Preußens und Oesterreichs gehalten werden, da der gegenwärtige Moment, wo die Bundesverfassung selbst einer Reform entgegengeht, nicht günstig erscheint, namentlich um auch die österreichischen Länder aufzunehmen, deren zukünftige Stellung sich jetzt noch gar nicht berechnen läßt. Sie

werden also einstweilen staatsrechtlich noch außer dem Bunde verbleiben, während sie dennoch thatsächlich damit verschmelzen werden. Wir unsererseits sehen darin keine Gefahr für Deutschland, sondern ein Glück, indem wir eben deshalb noch an eine Zukunft Deutschlands glauben, weil es durch seine Lage und Verfassung von der Centralisation frei geblieben, und somit der Träger des europäischen Föderalismus ist; was ihm für die Zukunft eine große Bedeutung sichert, so gewiß als eben dieser Föderalismus das Prinzip der Zukunft selbst sein wird.

Wir behaupten ferner, daß schon von Anfang an eine föderalistische Tendenz im Deutschthum hervorgetreten, und wagen kühnlich mit dieser Behauptung bis auf die ältesten Zeiten zurückzugehen, wo wir auf die großen germanischen Völkerbündnisse treffen, welche das römische Imperium unterworfen haben. Wurden die deutschen Stämme dann späterhin durch die Kaiseridee zu einem Ganzen verbunden, so blieb doch das Reich im Innern voller föderalistischer Tendenzen, und ging die Gesamtkraft immer nur aus dem Sonderleben hervor; aus dem Sonderleben der Stämme, wie aus dem Sonderleben der städtischen, ritterschaftlichen und geistlichen Corporationen, an deren Geschichte sich anknüpft, was Großes bei uns hervorgetreten ist. Möchten wir das nie vergessen! So waren es die norddeutschen Städte,

welche den Hansabund stifteten, dessen Herrschaft sich von Nowgorod und Bergen bis London und Brügge erstreckte, während ein süddeutscher Städtebund die Handelsverbindungen nach Italien und nach dem Orient unterhielt. So hat ein geistlicher Ritterorden die deutsche Herrschaft in den baltischen Ländern begründet, und damit die Grundlage zu dem jetzigen preussischen Staat gelegt. Die deutsche Reformation ferner war bekanntlich auch keine Staatsaction. Einen Staat Deutschland hat es ja überhaupt nie gegeben, und man mag doch sagen, was Großes die reine Staatsidee bei uns hervorgebracht hätte. Denn diese Idee ist uns ursprünglich fremd, und erst in den letzten Jahrhunderten durch die romanisirende Bildung eingeimpft worden, daher sie auch bis diesen Tag noch als ein exotisches Gewächs erscheint, soviel Mühe man sich auch geben mag, uns ein politisches Bewußtsein einzutrichtern. Wir haben keins, und werden's schwerlich je bekommen.

Der Deutsche hat einen Standesgeist, einen Corporationsgeist, einen landsmannschaftlichen Geist, einen Nationalgeist, kurz er hat alles andere, nur keinen Staatsgeist. Wir unsererseits klagen darüber nicht. Wer es hingegen beklagenswerth findet, mag darüber klagen so viel er will, aber er soll nicht lügen, indem er etwa so thut, als ob das Volk dennoch von politischen Ideen beseelt sei, während es nicht wahr ist;

da den Leuten noch bis diesen Tag ihr Sonderleben über alles geht. Gebe man nur genau darauf acht, man wird sich leicht davon überzeugen! Wie der Deutsche einmal ist, läßt er sich lieber für sein Dorf, für seinen Stand, seine Corporation u. s. w. todt schlagen als für den Staat. Da liegen die Springfedern, die wir in Bewegung setzen, deren Kräfte wir concentriren und reguliren müssen. Laßt uns das zum Fingerzeig dienen, wenn wir in Deutschland etwas Großes ausrichten wollen, daß wir vom Sonderleben ausgehen müssen, nicht aber von einem künstlich hergestellten Centrum!

Man spricht soviel von der neuern Zeit, welche das Sonderleben unmöglich mache, und deren Tendenz einmal auf's Centralisiren und Nivelliren gerichtet sei. Zugegeben, so sagen wir, daß eben jetzt die allerneueste Zeit beginnt. Was man aber neuere Zeit nennt, ist in der That gar keine neue Zeit gewesen, sondern im wesentlichen nur als die Zerfetzung des Mittelalters anzusehen; daher denn auch diese sogenannte neuere Zeit fast nur ganz äußerliche mechanische Einrichtungen aufzuweisen hat, während das negative auflösende Prinzip um so deutlicher hervortritt. So geschieht es denn, daß diese neuere Zeit, während sie angeblich Einheit erstrebt, in der That mit dem Individualismus endigt, der nichts anderes als die Negation aller Institutionen ist.

Man muß diese Zeit groß nennen, wenn man die außerordentlichen Fortschritte der materiellen Civilisation betrachtet; man wird sie aber klein nennen, wenn man erwägt, welcher immensen Mittel sie zu ihren Resultaten bedarf, und wenn man sich dabei vergebens nach den Gestaltungen irgend eines lebendigen geistigen Prinzipes umsieht. Es ist wie mit der römischen Kaiserzeit, die auch in ihrer materiellen Civilisation glänzend erscheint und gar sehr fortgeschritten, wenn man sie mit den ältern Zeiten der Republik und des einst blühenden hellenischen Lebens vergleicht. Aber aus diesen Zeiten treten die Sieger von Marathon und Salamis hervor, es treten die großen Dichter und Künstler hervor, es treten die großen römischen Feldherrn und Staatsmänner, die Gracchen und die Scipionen hervor wie ewige Charaktere, an deren Anschauung sich noch heute ein verkommenes Geschlecht erheben kann, während der Glanz des Imperiums fast nur in solchen Neußerungen erscheint, die dem Sterblichen und Vergänglichlichen des Menschen angehören.

Nun ist wahrnehmbar genug, daß unsere Zeit einen Verwesungsprozeß in sich enthält, wie einst das römische Kaiserreich. Gleichwohl haben wir die bessere Hoffnung, daß sich inmitten der Verwesung auch die Keime der Erneuerung regen. Indem aber die alten Formen zerfallen, neue noch nicht gefunden sind, und

der Trieb unsicher umherschwanft, sind die Geister umsomehr zu Gewaltausbrüchen disponirt, je weniger sie in der Gegenwart eine wirkliche Befriedigung finden. Alles dies läuft nebeneinander. So haben wir denn unsere Optimisten, es sind die Liberalen, welche die Herrlichkeit des Zeitalters nicht genug zu preisen wissen; dahingegen Andere, nämlich die Radikalen, dieses Zeitalter als solches keineswegs loben, indessen von seinem gewaltigen Schöpfungstrieb reden; während Andere wiederum, nämlich die Reactionäre, vielmehr seinen Zerstörungstrieb anklagen; und endlich die Conservativen, deren specifischer Charakter die Faulheit ist, als der Ausdruck der Verwesung selbst gelten können. Welch ungeheure Widersprüche! Die Verwirrung der Meinungen ergiebt sich daraus als eine fast unvermeidliche Folge.

Man muß sich also darüber klar werden, daß die sogenannte neuere Zeit in der That zu Ende geht, und dafür eine neue oder meinetwegen die allerneueste Zeit beginnt, indem erst in unsern Tagen die Versuche zu positiv neuen Gesellschaftsformen aufgetreten sind. Das Alte fällt und es muß fallen, da es unserm Geiste in keiner Weise mehr genügt.

Oder erwäge man doch nur einmal, welche ungeheuren Mittel das gegenwärtige Staatswesen erfordert, nicht etwa um große Dinge auszuführen, sondern um sich nur selbst zu erhalten. Was sollen

wir denn von solchen Institutionen urtheilen, die anstatt der Heerd einer Kraftentwicklung zu sein, vielmehr die Kräfte zu absorbiren scheinen?

Und warum ist es denn so? Offenbar, weil diese Institutionen eben nicht geeignet sind, die Geister zu erfassen noch sie zu befriedigen. Diese Behauptung wollen wir uns deutlicher zu machen suchen.

Wir sagen also, wenn man im Ganzen und Großen überblickt, was den Aufschwung der Menschheit hervorgerufen, und den verschiedenen Zeitaltern ihr Gepräge gegeben, so sind es die verschiedenen Ideen gewesen, welche den Menschen zur Standarte dienten, um die sie sich versammelten, Religionen und Verfassungen. Denn Alles, was Menschen vereinigt, wird die Quelle einer Kraftentwicklung. Es wird aber die Menschen um so mächtiger vereinigen, je tiefer es sie erfasst.

Dieses zuzugeben, welchen Werth können dann Institutionen haben, die überhaupt gar nicht bis in den Menschen hineinreichen, da sie den Menschen vielmehr nur nach ganz äußerlichen Beziehungen anfassen und klassifiziren, wie z. B. nach seiner Steuerkraft, und ihn danach seine Stimme abgeben lassen? Was soll wohl daraus Großes entstehen? Und wie sollte es wohl kommen, daß sich die Menschen mit allen ihren Leibes- und Geisteskräften an

solche Institutionen anklammerten? Döbrigt wäre es, solches zu hoffen, Lüge, es zu behaupten.

Hoch sind immer solche Institutionen zu schätzen, in welchen der Mensch sein Wesen anschaut, sich eben deshalb frei darin fühlt, und, wo es gilt, sich zu der größten Kraftentwicklung fähig zeigt. Natürlich sind solche Institutionen nach dem Geiste der Zeitalter und Nationen verschieden. Groß waren zu ihrer Zeit die antiken Republiken, groß war das Chalifat, groß war die Hierarchie und der Feudalismus des Mittelalters. Oder muß nicht in diesem verschrieenen Mittelalter eine unermessliche Lebensfülle gewesen sein, da die Predigt eines armen Mönches jene gigantischen Züge der Kreuzfahrer hervorrufen konnte? Die neuere Zeit bietet keine ähnlichen Bewegungshebel dar. Oder sind wir vielleicht, während wir uns klug dünken, schon so stumpfsinnig geworden, um das Große in solchen Erscheinungen nicht mehr bewundern zu können?

Wie nun das menschliche Bewußtsein seit dem Ablauf des Mittelalters einen ungeheuren Umschwung erfahren, ohne daß wir doch schon die uns angemessenen Institutionen gefunden, so sehen wir einerseits die Geister unsicher umherschwanfen, während andererseits die Institutionen kraftlos sind.

Wenn es aber richtig ist, und es wird wohl richtig sein, daß die sogenannte neuere Zeit nur die

Zerfallsperiode des Mittelalters selbst war, so werden wir schließen dürfen, daß die Zukunft eben die im Mittelalter schon vorhandenen Keime zu einer neuen Gestaltung führen, und die Socialverfassung jener Zeiten zu einer höheren Potenz entwickeln wird; daher also die Zukunft vielleicht mehr Aehnlichkeit mit dem Mittelalter, als mit der sogenannten neueren Zeit haben dürfte. Oder wer könnte es leugnen, daß im Mittelalter schon eine Menge sozialer Ideen lebten? alle freilich unter der herrschaftlichen Form des Feudalismus beschloffen, und durch die Auswüchse der Rohheit und Wildheit jenes Zeitalters verunstaltet. Die neuere Zeit hat diese Härten überwunden, aber selbst in demselben Maaße wenig Positives hervorgebracht, als ihre negative Tendenz hervortritt, mit der sie eben deshalb um so wichtiger thut.

Darum erscheint bei unseren Liberalen immer als ein Hauptcharakterzug der blinde und wüthende Haß gegen Alles, was irgend eine Beziehung zum Mittelalter zu haben scheint, welches sie mit einem stehenden Beiwort das „finstere“ nennen; ähnlich wie im Alterthume Heraklit der dunkle hieß, obwohl er ein sehr geistvoller Mann gewesen. So sind denn diese Liberalen eifrigst beflissen, jeden Gedanken einer sozialen Organisation als mittelalterlich zu verschreien. Mögen sie schreien! Man muß sich dadurch nicht irre machen lassen, daß irgend etwas eine mit-

telalterliche Aehnlichkeit habe, die, wie wir meinen, in Zukunft ganz natürlich hervortreten wird, insofern doch diese Zukunft eine höhere Potenz des Mittelalters sein möchte. Nicht minder wird das Unähnliche und Neue hervortreten, indem eben dies die eigentliche Aufgabe zu sein scheint, die feudalen Formen des Mittelalters in föderative Formen umzuwandeln.

Um dieses zu ermöglichen, mußten die gebundenen Glieder des Mittelalters erst befreit, und daher dieses Mittelalter selbst zerlegt werden, — ein Prozeß, der allgemach beendigt scheint. Jetzt sind die Elemente entbunden, ja bis zur äußersten Atomistik zersplittert, in dieser Zersplitterung aber zu neuen Verbindungen eben so sehr befähigt, als derselben bedürftig. Die Formen solcher neuen Verbindung werden also die sozial-föderativen sein.

Fragt man jetzt, was denn eigentlich das Charakterische des Föderalismus sei, so lautet die Antwort: daß das Ganze aus dem freien Zusammentritt des Sonderlebens hervorgeht, während umgekehrt nach der Idee des Politismus das Ganze dem Prinzip nach früher sein soll als die Theile; daher denn auch alles vom Centrum aus organisiert wird, und der Staat als Zweck erscheint, während er innerhalb des Föderalismus uns nur als Mittel gilt. Man sieht daraus zugleich, wie der Politismus

eine antike, der Föderalismus hingegen eine christliche Idee ist.

Wichtige Folgen entspringen daraus, von denen wir einige hervorheben wollen.

Zieht nämlich der Föderalismus seine Kraft aus dem Sonderleben, so folgt daraus, daß nur durch den Zusammentritt von etwas Tüchtigem ein tüchtiges Ganze entsteht, während hingegen unsere Staatskünstler meinen, durch von obenher ausgehende Ordnungen etwas Tüchtiges zu Stande zu bringen, und sich dann hinterher wundern, wenn nichts entstehen will. Hier aber heißt es: Was etwas gelten will, muß zuvor in sich selbst etwas sein. Das geht den parlamentarischen Maulhelden an's Leben. Mit ihrer Phrasenherrschaft ist es aus, und ihr Formelkram fällt der gebührenden Verachtung anheim.

Gilt ferner dem Föderalismus der Staat nur als Mittel, so ist es klar, man richtet sich mit den Mitteln nach den Umständen, man akkomodirt sich nach dem vorhandenen Material; man macht keine schematischen Entwürfe; man erkennt eine Mannichfaltigkeit der Formen an; und man läßt das Bestehende bestehen, insoweit es sich nur selbst dem Zwecke akkomodirt, indem das Bestehende eben durch sein Bestehen immer den Vorzug größerer Festigkeit hat. Man streitet also nicht über die Regierungsformen, sondern sucht diese Formen wirksam zu machen,

um das in der Zeit mögliche Gute zu erreichen. Der Föderalismus verläßt daher die Wege der Revolution, und hält sich in den Wegen der Reform.

Der Föderalismus läßt den verschiedenen Elementen, die das Ganze bilden, ihr eigenes Recht, — ein Recht, das sie nicht erst von obenher zu bekommen haben, sondern in sich selbst tragen. Der Constitutionalismus hingegen, den wir als die charakteristische Form des neueren Politismus betrachten können, läßt alles Recht in ein dominirendes Centrum verschwinden, und erkennt überhaupt keine Rechte an, außer in sofern sie von diesem Centrum aus proklamirt und oktroyirt sind. Immerhin läuft es auf Absolutismus hinaus, gleichviel, ob der Oktroyirungsapparat Kammer oder Ministerium genannt wird. Gemeinderichte, Corporationsrechte, Provinzialrechte, Ständerrechte u. s. w. gelten da nichts; sie werden nach Belieben cassirt oder umgearbeitet, ohne daß auch nur der geringste Zweifel darüber entstände, ob denn die sogenannten Staatsgewalten dazu befugt sind. Und was noch das Schändlichste ist, während in dieser Weise den Gemeinden, Korporationen u. s. w. nach Belieben ihre Verfassungen genommen oder oktroyirt werden, hat man die Frechheit solche Wirthschaft Selfgovernment zu nennen.

Wie sehr widerspricht das Alles dem eigentlich deutschen Wesen! Denn der Gedanke, von obenher

einem Lande Recht und Gesetz aufzudrücken, war den Deutschen so fremd, daß sie selbst in den römischen Provinzen, wo sie als Eroberer auftraten, die unterworfenen Römer bei ihrem römischen Rechte ließen, während sie selbst nach deutschem Rechte lebten, und wo verschiedene deutsche Stämme unter einander wohnten, sogar jeder Stamm sein besonderes Recht behielt. Desgleichen hatten Gemeinden, Korporationen und Stände ihr eigenes Recht, das ihnen nicht von obenher genommen werden konnte. Daraus erklärt sich die außerordentliche Zähigkeit aller germanischen Institute, mit welcher die außerordentliche Sinfälligkeit aller konstitutionellen Institute um so mehr kontrastirt. Wie sonderbar, wenn man uns nun diesen Constitutionalismus gar als etwas Deutsches vorspiegeln will, indem man neuerdings von einem deutschen Constitutionalismus spricht, d. h. von einem hölzernen Eisen.

Daß darin keine Freiheit liegt, bedarf keines Beweises weiter. Es liegt auch keine Rechtsicherheit darin, im Gegentheil wird Alles unsicher. Denn wenn nur erst der Grundsatz gilt, daß eine Kammer nach Belieben Gemeindeordnungen, Kreisordnungen u. s. w. einführen oder abschaffen kann, so mag man darauf gefaßt sein, daß jede neue Wahlperiode mit den neuen Gesetzgebern auch immer neue Ordnungen bringt. Ein Institut nach dem andern wird von

dem Wechsel ergriffen, und am Ende werden alle öffentliche Einrichtungen nur wie ein Rock sein, den man alljährlich ablegt, um nach der neuen Mode einen neuen anzuziehen. Die Staatskünstler verwandeln sich damit zu Kleiderkünstlern, und die Kammer ist die große Schneiderwerkstätte, in welcher der Nation das Gewand ihres öffentlichen Lebens zugeschnitten wird.

Bis zu dieser tiefsten Stufe der Nationalentwürdigung ist es mit dem Constitutionalismus gekommen, in Frankreich wie bei uns; da wir vermöge unseres Nachahmungstriebes keine Mühe gespart, den Vorsprung, den Frankreich vor uns voraus hatte, binnen kurzer Zeit nachzuholen.

Oder haben uns unsere politischen Schneider seit drei Jahren nicht schon zu verschiedenen Malen den neuen Rock aufgetrennt und umgearbeitet, daß Gott im Himmel weiß, wann wir endlich unsere definitive Staatslivree bekommen werden? Wohl niemals, wenn wir nicht den Constitutionalismus überhaupt grundsätzlich beseitigen.

O Ihr guten Deutschen! Eure Professoren haben Euch um das Verständniß Eures eigenen Wesens betrogen. Sie haben Euch den Constitutionalismus als die Wiederherstellung altgermanischer Freiheit vorgespiegelt, und hinterher sind es Lügen, da er weder germanische Freiheit noch irgend welche Freiheit ent-

hält. Sie sagen ferner, daß der Constitutionalismus durch die Zeitverhältnisse nothwendig geworden sei; welches abermals eine Lüge ist, da er sich doch überall als unbrauchbar erweist, was aber nothwendig sein soll, doch jedenfalls brauchbar sein müßte. Sie sagen endlich, er beruhe auf dem Fortschritt des Geistes, daher Ihr denn wohl danach greifen müßt, insofern Ihr doch gern fortschreiten möchtet. Das ist aber desgleichen eine Lüge und wohl die größte von allen; sündemal besagter Constitutionalismus vielmehr schon etwas Antiquirtes ist, und sich unter dem jüngeren Geschlechte kaum ein einziger Mann von einigem Geist findet, der nicht die tiefste Verachtung davor empfände. Der wirkliche Fortschritt hingegen liegt ausschließlich auf Seiten der sozial-föderativen Ideen, während die Herren Constitutionellen seit lange schon nur leeres Stroh dreschen.

Diese social-föderativen Ideen führen den Deutschen zu seiner eigenen Natur zurück; sie führen das Zeitalter zur Realität zurück; sie führen es zur Praxis zurück. Denn nachdem die Frage über die Regierungsform seit 50 Jahren von einer ehrgeizigen und ministerfächtigen Partei gewaltsam in den Vordergrund gedrängt, und zum Feldgeschrei geworden, mit dem man ein behörtes Volk zu Kämpfen antrieb, die seinem Interesse fremd waren, da doch das Volk selbst niemals regieren sondern ewig regiert werden

wird, soll diesen Gaukeleien, deren Resultat stets nur ein Wechsel der Herrschaft ist, endlich ihr Boden entzogen werden; indem wir uns den Prinzipien einer Sozialverfassung zuwenden, als welche eine Mannigfaltigkeit der Regierungsformen gestattet, die alle gleich gut sein können, wenn sie sich nur den Zwecken der Gesellschaft anpassen.

Es mag dies vielleicht unsern Politikern als ein schlaffer Indifferentismus gelten, und wir geben zu, daß die sozial-föderativen Ideen, nachdem sie seit Jahrhunderten keine Pflege gefunden, während man vielmehr mit allen Kräften auf ihre Zerstörung hinarbeitete, unvermeidlich jetzt noch in einer unklaren und schwankenden Gestalt erscheinen, auch zuweilen nur als Ausdruck eines weiblichen Gemüthes gelten mögen, von dem wir unsererseits kein Freund sind. Wir sagen aber, daß es eine andere Art von Indifferentismus giebt, in welchen die Herren Politiker bis über die Ohren versunken sind; was sie eben deshalb nicht zu merken scheinen, weil ihre Sinne ganz davon umhüllt sind.

Oder habt Ihr denn je darnach gefragt, ob Ihr zur Durchführung Eurer Unternehmung nicht die Wohlfahrt von Tausenden opfert, oder wenn es sein muß, ganze Provinzen und Länder verwüstet; ja sogar im Voraus den ungeborenen Geschlechtern ihr Dasein verkümmert, indem Ihr eine colossale Schul-

denlast auf den Staat häuft, welche die Enkel vielleicht zur Verzweiflung treibt? Oder sieht man nicht, daß es ein Diebstahl an der Nachkommenschaft ist, was man jetzt Staatskredit zu nennen beliebt, — ein Diebstahl, der gerade den Herren Constitutionellen am geläufigsten ist, als welche sich überall als die privilegierten Staatsschuldenmacher bewiesen. Habt Ihr denn ferner je daran gedacht, wenn es Euch gelungen den Staat in eine regelrechte Form zu bringen, auch wenn's Glück gut ist, einigen Ruhmeschimmer über diese Mosaik zu verbreiten, ob nicht die Stifte, welche besagte Mosaik bilden, sich gar sehr beklommen fühlen mögen? Und wenn Ihr Eure Prunkreden haltet, denkt Ihr denn je daran, daß der Hunger vor der Thür steht, welcher mit all' dem Redeschwall nicht gesättigt wird? Und ist es nicht endlich die Praxis aller politischen Parteien, daß sie die Ibrigen knechten, und die Persönlichkeit knicken, um ein desto brauchbareres Werkzeug zu haben?

Nun, was ist's denn mit Eurer Politik, wenn doch

der Mensch

dabei verloren geht?

Oder sind es denn etwa die Politiker gewesen, die in unsern Tagen zuerst ihre Leuchte in die dunkle Höhle des menschlichen Glends getragen, und ihren Mitbürgern in's Ohr geschrien hätten: „Seht, wie der Mensch zu Grunde geht!“ Ach nein, sie sind es

nicht gewesen, und sind es bis diesen Tag nicht, während sie vielmehr alles, was in dieser Hinsicht von bessern Leuten geschieht, bis diesen Tag verschreien und verlästern. Sind nämlich derartige Bestrebungen auf das innere Leben der Menschen gerichtet, so nennen sie es Jesuitismus; sind sie auf die wirthschaftlichen Zustände des Volkes gerichtet, nennen sie es Communismus. In beiden Fällen zeigen sie damit nur ihre große Unwissenheit, wie zugleich ihren unterschiedenen Willen, daß sich ja niemand erkühnen solle, an der Göttlichkeit ihres politischen Götzenbildes zu zweifeln. Gemach, wir zweifeln daran, und das Zeitalter selbst fängt an, gar sehr daran zu rütteln. Ein Ruß noch, und der Götze fällt in Scherben.

Die Geschichte der Menschheit enthüllt uns die Wege, auf denen der Mensch sich selbst sucht, nachdem er sich einst selbst verloren, da er aus dem Paradiese trat; und die verschiedenen Charaktere der Zeitalter sind die verobjectivirten Anschauungen, die der Mensch von sich selbst gewonnen. In dem Ganzen dieser Anschauung bilden die Institutionen des Staates ein wesentliches Element. Man mag sie also würdigen nach dem, was sie für eine Vorstellung vom Menschen enthalten.

Jetzt frage man sich: als was hat die Staatskunst des vorigen Jahrhunderts den Menschen betrachtet? Die Antwort muß wohl lauten: als ein steuerbares und rekrutirbares Subject. Das war

zum Desperat werden. So sind denn die Menschen desperat geworden, und schmeicheln sich jetzt, durch die Anstrengungen ihrer Verzweiflung gewaltige Fortschritte gemacht zu haben. Fragen wir also: was denn der Mensch für die gegenwärtige Staatskunst ist? Steuerbar und rekrutirbar ist er zuvörderst geblieben, dazu aber auch ein wählendes und wählbares Subject geworden. Wie wenig bedeutet das! Ist denn damit etwa die Substanz des Menschen erschlossen, oder sind es nicht abermals ganz äußerliche Erscheinungen, die man für den Ausdruck des menschlichen Wesens genommen, und worauf man eine Staatskunst basiren will, die keine Zukunft hat, da sie selbst nichts Substantielles enthält.

Unsere Politik hat also den Menschen noch lange nicht gefunden. Die Oekonomie hat ihn noch viel weniger gefunden, was sag' ich? sie kennt den Menschen gar nicht, sie spricht nur von Sachen, z. B. von Gewerbefreiheit. Man beachtet das! Es scheint wohl, als ob der Mensch der Gewerbe wegen da ist. Ich denke umgekehrt, und frage also: ist denn der gewerbliche Mensch nun wirklich frei geworden? O nein, er ist es nicht, und wird es immer weniger. Denn während unsere Liberalen so geläufig gegen den mittelalterlichen Feudalismus zu declamiren wissen, sehen sie nicht oder wollen sie nicht sehen, wie sich indessen ein kaum minder mächtiger, aber gewiß um

vieles widerwärtigerer Feudalismus der Geldmacht bildet, und wie sich der freie Arbeiter zum Proletarier verwandelt, der sich dereinst nach der Leibeigenschaft sehnen dürfte. Das kümmert unsere Oekonomisten nicht, sie zeigen auf den Fortschritt der Industrie und die veredelte Schafzucht. Ach, habt Ihr denn auch den Menschen veredelt? Nein, das habt Ihr nicht gethan. Denn die Thatsache liegt vor, und ist nicht mehr zu bestreiten: während die Fabrikate sich verfeinern und die Schafe sich veredeln, entwickelt sich im Schoße der Gesellschaft ein verkümmertes Geschlecht, welches in den großen Städten in den Kellerwohnungen und Hinterhöfen, auf dem Lande in den Büdner- und Tagelöhnerhütten zusammenkauert, und darum nicht minder vorhanden ist, daß es sich selbst zu verstecken scheint. Ja, es ist vorhanden, und die Aerzte können diese Behauptung bestätigen. Nun, was ist's denn mit dem Fortschritte der Industrie und der Schafzucht, wenn indessen der Menschenstamm sogar degenerirt? Und was ist's überhaupt mit Eurer Civilisation, wenn doch gerade da, wo diese Civilisation am weitesten fortgeschritten, dessen sich mit Recht England rühmen kann, sich zugleich die größte Summe des socialen Elends findet, — ein Elend, von dem die noch uncivilisirten slawischen Völker fast ganz frei sind? Wollt Ihr Euch aber etwa damit ausreden, als sei das eine nothwendige

Folge der Civilisation, dann dürfte man hingegen mit Recht fragen, ob denn diese Civilisation selbst etwas nothwendiges sei.

Blickt man endlich auf die Wissenschaften, so mag uns die Fülle ihrer Entdeckungen wohl in Erstaunen setzen. Denn man hat alles studirt, die Sprachen wie die Geschichten der Menschheit und den Bau des menschlichen Körpers, den man in seine feinsten Theile zerlegt, und dessen Formen man als die sich herausbildende Metamorphose aller Organismen begriffen hat. So ist der Mensch als das Meisterstück der Schöpfung erkannt, daß er sich mit Recht einen Herrn der Natur nennt, indessen die Physik und Mechanik ihm ihre Waffen leihen, damit er seine Herrschaft übe. Das alles hat die Wissenschaft geleistet. Nur leider, den Menschen selbst hat sie doch nicht gefunden, und scheint ihn wol immer mehr zu verlieren. Oder wie käm' es denn, daß kaum je eine wissenschaftliche Idee einen moralischen Aufschwung der Menschheit bewirkt hat? Höchstens nur revolutionäre Erschütterungen, während sich in der Hervorbringung neuer Institutionen der blinde Instinct immer noch als ein besserer Meister bewiesen wie die Wissenschaft, und in unsern Tagen gerade von den Gelehrten die ungereimtesten Vorschläge ausgegangen sind.

Das Evangelium ist es gewesen, welches zuerst den verlorenen Menschen sich selbst wiederge-

geben und wieder entdeckt hat. Aber diese Entdeckung ist nur erst begonnen, und späterhin sogar vielfach verdunkelt worden. Jetzt wird der Mensch diese Bahn der Entdeckung wieder betreten. Nachdem er die Welttheile entdeckt und die Naturgeschöpfe studirt, von den gigantischen Formen untergegangener Arten der Vorwelt bis herab auf die mikroskopischen Wesen, welche dem Auge entschwinden, fühlt er sich selbst unzufriedigt. Er sucht sich selbst. Er sucht die Welt die ihm entspricht, und er bricht mit der Welt, die ihm nicht mehr entspricht. Das ist das Geheimniß der Revolution.

Wie nun der Mensch sich selbst sucht, erkennt er sich als Selbstzweck an, daß er nicht mehr zum Mittel herabgesetzt werden soll. Darum eben heißt er ja das Ebenbild Gottes, weil er wie Gott um sein Selbstwillen da ist.

So werden denn vielmehr die Institutionen zum Mittel, als ein Band, welches die Menschen zum Zusammenwirken vereinigt, und dieses Band ist die Föderation. Sie wird großes leisten, und wenn sie uns auch nur von den falschen Vorstellungen befreite, große Dinge verrichten zu wollen, ohne daß die Menschen sich in sich selbst kräftigen und veredeln; daß wir Heldenthaten erwarten, wo doch die Helden fehlen.

Von den Individuen schreitet die Föderation fort zu den verschiedenen Ständen, nicht um sie zu erstirpiren nach Art des Liberalismus, noch um sie

feudalistisch über einander zu schichten nach Art des mittelalterlichen Drucksystems, von welchem die moderne Geldherrschaft nur eine korrumpirte Abart ist, sondern um sie föderalistisch zum Zusammenwirken zu vereinigen. Wird dann nur erst jeder Stand sich selbst regeneriren, so wird es mit der Gesellschaft bald vorwärts gehen.

Immer weiter in diesem Gedanken fortschreitend gelangen wir zu den Staaten, machen aber zunächst bei den deutschen Staaten Halt, um uns nicht ins Grenzlose zu verlieren. Auch sie müssen sich zuvor in sich selbst zusammen nehmen, wenn es mit dem deutschen Gesamtvaterlande etwas werden soll. Das sagen wir ihnen Allen, wie wir es wiederholt in Beziehung auf Preußen gesagt, daß es seine Macht in sich selbst zu suchen, und gar nicht darnach zu streben hat, andere Staaten in Lehnabhängigkeit zu bringen. Die Zeit des Feudalismus ist vorüber für die Stände wie für die Staaten, indem an die Stelle von Kaiser und Reich der deutsche Bund tritt.

Wie aber einst das mittelalterliche Kaiserthum mit seinem Einfluß weit über die Grenzen des eigentlichen Deutschlands hinausreichte, weil es gewissermaßen auf einer universalen Idee des Mittelalters beruhte, so dürfen wir wohl hoffen, daß auch das Prinzip der deutschen Föderation in Zukunft über die Grenzen Deutschlands hinaus Wurzel schlagen, und jenem

Gefühl der Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft, welches im Mittelalter trotz aller Kämpfe und Fehden doch die gesammten abendländischen Völker durchdrang, auch in vielen Institutionen, wie namentlich in den kirchlichen und ritterschaftlichen Korporationen, so deutlich hervortrat, wiederum einen neuen Ausdruck geben wird. Was nämlich jenes Gefühl der Zusammengehörigkeit in den abendländischen Völkern zerstört hat, waren nächst dem kirchlichen Schisma auch die in neuerer Zeit zur Herrschaft gekommenen Ideen eines abgeschlossenen centralisirten Staatswesens, — Ideen, die, wie zu Anfang dieses Kapitels bemerkt, in Zukunft ihren Boden verlieren werden, indem sich der Blick des Menschen erweitert und der materielle Verkehr die Interessen der Staaten vermischt; wodurch sich nothwendig ein gewisser weltbürgerlicher Sinn entwickeln muß.

Das ist die eine Seite.

Allein eben deshalb, weil der Mensch immer mehr in ein größeres Ganze hineingezogen wird, muß sich zwar die Liebe zum Staat und die Anhänglichkeit an das engere Vaterland verringern, während andererseits um so mehr das Bedürfniß hervortritt gegenüber den universalistischen Tendenzen der Zeit, wodurch die Existenzen haltungslos werden, einen neuen Halt zu gewinnen im Gemeindeleben, Korporationswesen u. s. w. Der eine Pol erfordert ja den

Gegenpol. Nun woblan, der Gegenpol zu dem Weltbürger ist nicht der Staatsbürger, sondern der Gemeindebürger.

Indem uns also der Föderalismus einerseits in's Weite führt, begünstigt er andererseits die Entwicklung des Lokallebens, der Gemeinden, Korporationen und Associationen. Diese Behauptung stützt sich nicht bloß auf logische Konsequenz, sondern hat schon die Erfahrung für sich. Oder bemerken wir nicht grade in neuester Zeit überall einen wiedererwachenden Trieb zum Gemeindewesen und genossenschaftlichen Instituten, — ein Trieb, der sich gleichzeitig mit den universalistischen Tendenzen entwickelt, weil er ihren Gegenpol bildet?

Gewiß, wir dürfen es behaupten: die Zukunft wird einerseits die weltbürgerlichen, andererseits die gemeindebürgerlichen und genossenschaftlichen Ideen befördern. Dieses zugegeben, folgt dann unmittelbar, daß der Konstitutionalismus und überhaupt der Liberalismus, in welchem die Idee des Staatsbürgerthums dominirt, worauf er sein Urwähler-system und sein ganzes Gebäude basirt, anstatt daß er vielmehr vom Gemeindebürgertum ausgehen sollte, keine Zukunft hat. Man sieht zugleich, wie grundwesentlich sich die sozial-föderativen Ideen von den liberal-konstitutionellen Ideen unter-

scheiden; daher sich denn auch die Vertreter dieser beiden Weltanschauungen so heftig bekämpfen.

Desgleichen bestätigt sich damit, was wir weiter oben gesagt, und was vielleicht Manchen befremdet, daß nämlich in Zukunft wohl wieder einige Aehnlichkeit mit dem Mittelalter hervortreten möchte. Denn grade im Mittelalter herrschte ja ebenfalls in der ganzen abendländischen Welt ein gewisser Cosmopolitismus, während andererseits das Gemeindeleben und Korporationswesen sich bis zur vollen Localautonomie steigerte, indessen die Idee des Staatsbürgerthums secundär erschien. Wie sonderbar, daß heutzutage viele Leute eine Localautonomie fordern, während sie nicht zu ahnen scheinen, daß dies Prinzip in der That dem „finsternen“ Mittelalter angehört! Wer aber über alles dies weiter nachdenkt, wird sich so manche Widersprüche unsers Zeitalters, das wir als einen Uebergang zu einer neuen Zeit betrachten, hinlänglich erklären können.

So viel von den föderativen Formen.

Jetzt drängt sich schließlich noch die Frage auf: was denn nun innerhalb des Föderalismus das einigende Prinzip selbst sei? da doch die Einheit wohl mehr sein muß als nur ein beliebiges Uebereinkommen. Gewiß, muß sie vielmehr das Allerwesentlichste sein; wie auch nach dem Zeugniß der Geschichte die Nationen immer in demselben Maße einiger gewe-

fen, als das einigende Prinzip etwas Wesenhaftes war.

Gleichwie nun der deutschen Nation der tiefste geistige Trieb einwohnt, während gleichzeitig ein lebhaftes Gefühl der Individualität in ihr hervortritt, so konnte es nur die mächtigste Idee sein, welche die Sprödigkeit der deutschen Sonderungs = Tendenzen einst überwand, und worin die Deutschen ihre Einheit als ein verkörpertes Wesen anschauten.

Das war die Idee des mittelalterlichen Kaiserthums, welches als eine göttliche Institution galt, gleich dem Papstthum. Denn wie man glaubte, daß die Päpste unter unmittelbarer Einwirkung des heiligen Geistes ständen und erwählt würden, so sollte auch auf den Kaisern eine besondere göttliche Begnadigung ruhen, und ihre Wahl durch Inspiration bestimmt sein.

Solcher Glaube war einem Zeitalter angemessen, in welchem die Verkörperung des Göttlichen tagtäglich in der Messe gefeiert wurde. Man sieht also, wie das Kaiserthum nur Wurzel schlagen konnte, innerhalb eines Ideenkreises, der sich in dem Dogma der Transsubstantiation zusammenschloß. Seit der Reformation verschwand daher die Magie, welche das ehemalige Kaiserthum umgab, und mit dieser Magie verschwand zugleich das Wesen. Die Kaiser wurden hölzerne Figuren, die man neuerdings durch einen

unbegreiflichen Anachronismus noch einmal auf die Bühne zu führen versuchen wollte, eine Gliederpuppe für ein lebendiges Wesen ausgehend.

Noch einmal also: was die spröden deutschen Völker zur Einheit führen sollte, müßte eine Idee sein, die das tiefste Wesen des Menschen ergreift. Nachdem sich aber unser Bewußtsein den Vorstellungen der Transsubstantiation abgewandt, d. h. nachdem wir jetzt glauben, daß das Göttliche selbst niemals ganz in die Erscheinung aufgeht, sondern immer ein Etwas ist, das noch jenseits der Erscheinung bleibt, kann sich eine so tiefe Idee für unser Bewußtsein nicht mehr verkörpern.

Die deutsche Einheit kann sich daher nur noch als ein Bund darstellen, mit einem Bundesvorstand an der Spitze, — aber der Kaiserthron bleibt leer. Der deutsche Kaiser ist hinfort der deutsche Geist.

Ja er ist es schon lange gewesen, und seiner Regierung verdanken wir's, daß wir in den letzten Jahrhunderten, während die Verfassung des heiligen römischen Reichs fortwährend verfiel, doch nicht gänzlich zu Grunde gegangen. Für Tausende ist er da die Leuchte gewesen, wodurch sie sich in der allgemeinen Verwirrung zurecht gefunden, der Feuersäule gleich, welche den Kindern Israel in der Wüste voranging; und woran sich inmitten der tiefsten Verunsicherung einst das Feuer unserer Nationalliteratur ent-

zündet. Ist er denn schon lange Kaiser gewesen, so soll er nun feierlich inthronisirt werden, damit wir alle seine legitime Herrschaft anerkennen, und als seine getreuen Unterthanen wieder zu rechten Deutschen werden, welche den Sinn und den Muth haben, wieder aus der Ursprünglichkeit ihres eigenen Wesens zu schöpfen; während wir seit Jahrhunderten uns nur in Nachahmungen versucht, und ginge es nach dem Willen der Constitutionellen, für welche England und Frankreich die einzige Fundgrube ihrer Ideen sind, bis an's Ende der Tage damit fortfahren würden.

Je tiefer wir dann in unser eigenes Wesen hineingreifen, werden wir ebenso mächtiger als einziger werden. Darum ist es mit der deutschen Einheit wie mit der Liebe, die sich auch nicht erzwingen läßt.

Fehlt uns indessen das glänzende Schauspiel eines großartigen Nationallebens, so mögen wir daraus schließen, daß wir unsere Aufgabe wo anders zu suchen haben, als jene Nationen, welche uns solches Schauspiel darbieten. Suchen wir also diese Aufgabe! vielleicht daß wir ihre Lösung finden. Und wenn wir sie etwa finden sollten, dann wird sie uns ein Ansehen verleihen, das noch lange hellstrahlend in der Welt leuchtet, wenn dereinst der Glanz einer bloß politischen Größe längst erloschen ist.

Inhalt.

I.	Charakteristik der deutschen Bundesstaaten.	6
	1) Preußen.	6
	2) Oesterreich.	16
	3) Die übrigen deutschen Staaten	21
II.	Vom Dualismus.	24
III.	Vom Einfluß des Auslandes.	42
IV.	Von der deutschen Einheit.	48
V.	Vom deutschen Bunde.	60
VI.	Vom deutschen Zollverein.	77
VII.	Vom Föderalismus.	87

Druck von Eduard Krause in Berlin.



In demselben Verlage ist so eben erschienen:

Unsere Politik.

Hominum confusione et divina
providentia regitur.

6te Auflage.

5 Bogen. 12^o. broch. Preis 7½ Sgr.

Die Constitutionellen.

Vita nostra brevis est,
Brevi finiatur.

4te Auflage.

86 Seiten. broch. Preis 10 Sgr.

Von demselben Verfasser erschien:

Die Erneuerung der Gesellschaft

durch die
Wissenschaft.

Preis 10 Sgr.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DD
423
F83
1851

Frantz, Gustav Adolph
Constantin
Von der deutschen
Foderation

